

MONATSBERICHTE DES WIENER INSTITUTES FÜR WIRTSCHAFTS- UND KONJUNKTURFORSCHUNG

13. Jahrgang, Nr. 4

Ausgegeben am 19. April 1939

Inhaltsverzeichnis:

Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Ostmark und dem böhmisch-mährischen Raum. Ein geschichtlicher Rückblick	109	I. Das Einsetzen der Frühjahrsbelebung	122
I. Die Verflechtung vor dem Kriege	109	II. Fortschritte der Eingliederung	123
II. Das Streben nach nationalwirtschaftlicher Integration nach dem Kriege	112	Die Entwicklung des ostmärkischen Arbeitseinsatzes im Winter 1938/39	125
III. Das Ergebnis des Entflechtungsvorganges	120	Die öffentlichen Aufträge im Wirtschaftsaufschwung der Ostmark	127
IV. Die Möglichkeiten der Wiederanknüpfung?	121	Entwicklung und Struktur des Verbrauches in der Ostmark	129
Bericht über die Wirtschaftsentwicklung in der Ostmark	122	Zeitschriftenumschau	134
		Tabellenanhang	138

Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Ostmark und dem böhmisch-mährischen Raum

Ein geschichtlicher Rückblick

Die deutschen Sudetenländer sind im Herbst 1938 in das Wirtschaftsgebiet Großdeutschlands eingegliedert worden. Die Errichtung des Protektorats Böhmen-Mähren im März 1939 hat nun den restlichen Teil der früheren böhmischen Kronländer, mit Ausnahme des kleinen an Polen gefallen Teils, dem Reich eng verbunden. Wenn auch die wirtschaftliche Eingliederung dieses Gebiets vermutlich nur etappenweise erfolgen wird, so steht doch das Endziel bereits fest: völlige Verschmelzung mit dem großdeutschen Zollgebiet. Mit der Erreichung dieses Endzieles werden — innerhalb der großdeutschen Wirtschaftseinheit — zwei Gebiete wieder vereinigt sein, die jahrhundertlang bis zum Zerfall der österreichisch-ungarischen Monarchie ein einheitliches Wirtschaftsgebiet gebildet hatten, nämlich die Länder der böhmischen Krone (Böhmen, Mähren und Schlesien) und die österreichischen Alpenländer samt Niederösterreich, die heutige deutsche Ostmark. Die Zerschlagung der Donaumonarchie im Jahre 1918 hatte das altösterreichische Wirtschaftsgebiet in mehrere Stücke gerissen und in der Folge zu dem mühsamen und kostspieligen Aufbau zweier völlig voneinander getrennter Nationalwirtschaften im Raum der Alpenländer und der Sudetenländer geführt. Gerade heute, wo diese Gebiete in der größten deutschen Wirtschaftseinheit wieder zusammengefaßt werden sollen, ist es nicht uninteressant,

1. sich die vor dem Kriege beobachtete natürliche Verflechtung der beiden Länder ins Gedächtnis zurückzurufen und 2. zu prüfen, inwieweit die Grundlagen der damaligen Arbeitsteilung auch heute noch als bestehend oder durch die Nachkriegsentwicklung endgültig als zerstört anzusehen sind.

I. Die Verflechtung vor dem Kriege

Die Alpen- und Sudetenländer hatten zusammen den Hauptteil — wirtschaftlich den ausschlaggebenden Teil — der österreichischen Reichshälfte der Donaumonarchie gebildet¹⁾. Sie waren vor dem Weltkrieg in einem viel weitergreifenden Sinne ein einheitliches Wirtschaftsgebiet gewesen, als etwa die Reichshälften Österreich und Ungarn. Zwar bestand zwischen den beiden Reichshälften eine Zollunion, die vertraglich in zehnjährigen Abständen, allerdings von den Ungarn mit immer größerem Widerstreben, zuletzt im Jahre 1907, bestätigt wurde. Aber Ungarn hatte doch schon vor dem Kriege seine eigene Wirtschaftspolitik gehabt und es war ihm seit 1867 immer mehr gelungen, durch seine „Industrieförderungspolitik“, d. h. durch Subventionen, Tarif- und Steuerpolitik, eine unsichtbare Zolllinie zwischen sich und die österreichischen Länder zu legen. Zwischen den

¹⁾ Außerdem hatten noch dazu Galizien und Bukowina im Nordosten, Istrien, Krain usw. im Süden gehört.

österreichischen Alpen- und den Sudetenländern bestanden vor dem Kriege nie solche Hemmungen für den Warentausch. Die Standorte der Industrien wurden innerhalb dieser österreichischen Gebiete nur durch natürliche Erzeugungsvorteile bestimmt. Die Verflechtung zwischen der Ostmark auf der einen, den böhmisch-mährischen Ländern auf der anderen Seite war vielleicht enger als irgendwo sonst in einem größeren Staatsgebiet. Daß eine Ware mehrmals von dem einen Gebiet über die Donau ins andere Gebiet wechselte, ehe sie verbrauchsreif war, war keine Ausnahme, sondern eher die Regel. Es gab auch wenig größere Unternehmen, die nicht mit einem Teil ihres Betriebes in einem, mit einem anderen Teil im anderen Gebiet gelegen waren, oder die nicht mindestens irgendwie mit Betrieben im anderen Gebiet affiliert waren. Zwei Ursachen wirkten vor allem in der Richtung einer so engen Verknüpfung:

1. Gerade in den letzten drei Jahrzehnten vor dem Kriege war eine sehr starke Wanderung von Industriezweigen innerhalb Österreichs im Gange; so zogen etwa bestimmte Zweige der Textilindustrie nach Nordböhmen (Baumwoll- und Wollindustrie) oder Mähren (Seidenweberei), angezogen durch die günstigere Frachtlage zum Rohstoff und zur Kohle oder auch durch niedrigere Arbeitslöhne oder bessere Eignung der Arbeitskräfte; umgekehrt etwa wurde die Papier- und Zelluloseindustrie schon vor dem Kriege durch den Holz- und Wasserreichtum der Alpenländer angezogen. Auch in der Eisen- und Glasindustrie war eine Wanderbewegung in die böhmischen Kohlengebiete zu beobachten²⁾. Diese Wanderungen nun vollzogen sich in vielen Fällen so, daß bestehende Unternehmen Teile ihrer Fabrikation ins andere, günstigere Gebiet verlegten, die alten Produktionsstätten aber noch weiter ausnützten.

2. Außerdem bestand eine besonders enge Verknüpfung schon dadurch, daß fast der gesamte Verteilungs- und Finanzierungsapparat für die Wirtschaft der Alpen- wie der Sudetenländer in Wien vereinigt war; hier war der Verwaltungssitz aller größeren Unternehmungen und Konzerne der österreichischen Reichshälfte.

Dieser zweite Faktor bestimmte auch das Bild der Arbeitsteilung zwischen den beiden Gebieten im großen. Der böhmisch-mährische Raum war sowohl dank seiner überlegenen Ausstattung mit Natur-

²⁾ Von der Roheisenproduktion Österreichs entfielen 1880 auf die Sudetenländer 36,8 v. H., auf die Alpenländer 61,8 v. H.; 1890 lauteten die Ziffern bereits 61 und 38,5 v. H., 1913 59,2 und 34,5 v. H.

Die Verteilung der altösterreichischen Industrie auf das Gebiet der Ostmark und den böhmisch-mährischen Raum vor dem Kriege

Industriezweige, die überwiegend im Gebiet der Ostmark verblieben sind	Anteil an der altösterreichischen Gesamtkapazität ¹⁾ v. H.	Industriezweige, die überwiegend in das Gebiet der Tschechoslowakei gefallen sind	Anteil an der altösterreichischen Gesamtkapazität ¹⁾ v. H.
Maschinenstickerei	100	Textilindustrie, gesamt	75—80
Haar- und Wollhutfabriken	92	Baumwollindustrie	85
Strohhutindustrie	53	Wollindustrie	80
Bekleidungsindustrie ²⁾	37	Leinenindustrie	96
Ledergerbereien	51	Hanf- und Jutewebereien	93
Ledererzeugung	40	Porzellan	100
Klavierbau	63	Glaswaren	92
Papiererzeugung	56	Steinkohlen	80
Zellstoffherzeugung	58	Braunkohlen	65
Pappeerzeugung	65	Zuckererzeugung	93
Holzschliffherzeugung	74	Malzerzeugung	87
Automobilherzeugung	90	Bier	57
Lokomotivbau	83	Spiritus	52 ³⁾
Maschinenbau, gesamt	45—50	Waggonbau	72
Elektro-Industrie	83 ³⁾		
Kautschukindustrie	88 ³⁾		

¹⁾ Aus verschiedenen Quellen: gemessen teils an der Arbeiterkapazität, teils an der Erzeugung 1913/14, teils am Produktionswert; nur die ungefähren Größenordnungen sind vergleichbar.
²⁾ Anteil der Sudetenländer: 43 v. H.
³⁾ Nach dem Produktionswert 1913.
⁴⁾ Ostmark: 8 v. H.

schätzen als auch dank der rascheren und tatkräftigeren Industrieentwicklung vor dem Kriege das eigentliche Produktionszentrum Alt-Österreichs³⁾ gewesen. Von der gemeinsamen Bevölkerung entfielen rund 60 v. H. auf Böhmen und Mähren-Schlesien, 40 v. H. auf die Alpenländer⁴⁾. Von der Industrie aber entfielen im Durchschnitt 65 bis 70 v. H., von der Bergbauerzeugung (vor allem Kohle) 80 bis 90 v. H., von der Brotgetreideerzeugung 67 v. H. auf den böhmisch-mährischen Raum, der Rest auf die heutige Ostmark.

Der Warenstrom zwischen den beiden Gebieten war vor dem Kriege infolgedessen sehr einseitig gewesen; er war im wesentlichen von Nord nach Süd geflossen. Der Gegenstrom von den Alpenländern (einschließlich Niederösterreichs) in die Sudetengebiete betrug schätzungsweise nur ein Drittel des Nord-Süd-Stromes. Der Ausgleich der Zahlungen erfolgte zum großen Teil durch Dienstleistungen. Wien besorgte die Verteilung böhmischer Waren in alle Welt, in Wien saßen die Verwaltungen der Unternehmungen, Wien sorgte für die gemeinsame Regierung und Verteidigung. Im übrigen war die Einseitigkeit des Warenstromes Ausdruck für die passive Schuldenbilanz der Sudetenländer:

³⁾ Damit ist, wie auch im folgenden, stets die österreichische Reichshälfte (Zisleithanien) gemeint.

⁴⁾ Von der Gesamtbevölkerung Alt-Österreichs von 28,3 Millionen entfielen 1910 auf das Gebiet der Ostmark 23,4 v. H., auf die Sudetenländer 35,6 v. H., der Rest auf die an Polen, Südslawien, Italien und Rumänien gefallen Gebiete.

In Wien saßen zu einem beträchtlichen Teil die Gläubiger und Besitzer der böhmisch-mährischen Industrie (Aktionäre wie persönliche Besitzer), die dort ihre Einkünfte verzehrten. Der Warenstrom von Norden nach Süden stellte zum Teil also die Zinsen, Dividenden und Steuern dar, die nach Wien flossen.

Die Zusammensetzung des Warenverkehrs vor dem Kriege

Der Warenaustausch zwischen den beiden Gebieten war in seinem Charakter durch einige wenige Güter bestimmt: Textilien, Kohle und Zucker.

Rund die Hälfte des gesamten Warenaustausches dürfte vor dem Weltkrieg wertmäßig auf die Textilwirtschaft entfallen sein. Die Sudetenländer, die etwa 75 v. H. der altösterreichischen Textilindustrie beherbergten, waren natürlich gerade in diesem Verkehr stark aktiv; aber auch der Gegenstrom von der Ostmark her war — außer in der Leinenindustrie, die fast völlig in den Sudetenländern konzentriert war — sehr beachtlich. In der Textilwirtschaft hatte sich die gegenseitige Verflechtung und der Wechselverkehr zwischen den zwei Gebieten zu einem Höchstmaß gesteigert. In dem Gebiet der heutigen Ostmark wurden mehr Garne erzeugt, als von den hier ansässigen Webereien und sonstigen Abnehmern verarbeitet werden konnten; der Garnüberschuß, in erster Linie Seiden- und Baumwollgespinste, aber auch Kammgarne, wurde in Böhmen und Mähren weiterverarbeitet, die Webwaren aber kamen zu einem guten Teil wieder nach Wien und Umgebung zurück, um dort weiter veredelt und schließlich von Wien aus als Stoffe, Konfektion, Wirkwaren usw. in alle Welt versandt zu werden.

Vielfältig war auch der Austausch an sonstigen Industrieartikeln, wenn auch keine Gruppe gegenüber den Textilfabrikaten wertmäßig ins Gewicht fiel. Einseitiger noch als bei Textilien floß der Strom an Glaswaren und keramischen Erzeugnissen von Nord nach Süd; die Glasindustrie im besonderen war beinahe vollständig nach Böhmen und Mähren abgewandert. Ausgeglichen war das Verhältnis in der Lederindustrie, wo die gröberen Waren aus Böhmen gegen die feinen Taschner- und Lederwaren aus Wien getauscht wurden; ferner in der Papierindustrie, wo früher Zellstoff von Nord nach Süd, feine Papierwaren in umgekehrter Richtung ausgeführt wurden. In Maschinen, Holzwaren, Eisen- und Nichteisenmetallwaren sowie chemischen Erzeugnissen fand schließlich ein reger Austausch von Spezialgütern der beiden Gebiete statt, ohne daß ein

ausgesprochenes Übergewicht eines der beiden Gebiete festgestellt werden könnte. In Kautschukwaren und elektrotechnischen Artikeln dagegen war die Industrie der Ostmark unbestritten überlegen.

Der zweite bestimmende Faktor in dem Güterstrom war der Kohlenversand aus den Sudetenländern in die Ostmark: 81 v. H. der Steinkohlen-, 64 v. H. der Braunkohlenproduktion der ganzen Monarchie wurden 1913 im böhmisch-mährischen Raum gewonnen, während die Ostmark nur an Braunkohlen einige nennenswerte Vorkommen enthielt. Von dem geschätzten Steinkohlenbedarf der Ostmark von rund 5,2 Millionen Tonnen im Jahre 1913 lieferten die Sudetenländer mit zirka 1,85 Millionen Tonnen über ein Drittel (der Rest kam vorwiegend aus Deutschland), von dem Braunkohlenbedarf von zirka 1,8 Millionen Tonnen sogar rund drei Viertel, von der Kokseinfuhr von 0,76 Millionen Tonnen rund ebensoviel. Nur in der Erzeugung von Eisen waren die Alpenländer besser gestellt; sie konnten sogar noch Erze und Roh Eisen in die Sudetenländer abgeben.

Ziemlich einseitig war vor dem Kriege auch der Verkehr mit Nahrungsmitteln zwischen den beiden Ländern gewesen. Die Ostmark war von jeher ein Zuschußgebiet für alle wichtigen Nahrungsmittel. Der reiche Boden von Böhmen und Mähren⁵⁾ dagegen lieferte wenigstens auf einigen Gebieten bedeutende Überschüsse. Über 90 v. H. der österreichischen Zuckererzeugung, 90 v. H. der Hopfen-, rund 80 v. H. der Gersteuerzeugung waren vor dem Kriege im böhmisch-mährischen Raum konzentriert. So spielte vor allem Zucker in der Ausfuhr der Sudetenländer in das Gebiet der heutigen Ostmark eine bedeutende Rolle als drittgrößter Posten des gegenseitigen Warenverkehrs. Daneben lieferten Böhmen und Mähren Gerste, Hopfen und Mälz für die alpenländische Bierproduktion, aber auch eine ansehnliche Menge von Pilsener Bier selbst in die innerösterreichischen Gebiete.

Freilich war die österreichische Reichshälfte trotz des Bodenreichtums des böhmisch-mährischen Raumes auf dem Gebiet der Ernährung auch nicht annähernd autark. Auch die Sudetenländer hatten einen bedeutenden Zuschußbedarf an Getreide. Erst die Verbindung mit Ungarn verlieh der Donaumonarchie jene Abbrundung und Ausgeglichenheit, die das Wort von dem autarken Raum von 54 Millionen Einwohnern aufkommen ließ. Tatsäch-

⁵⁾ Vor dem Kriege (1913) war der durchschnittliche Hektarertrag in Böhmen und Mähren bei Weizen um rund 30 v. H., bei Roggen um 20 v. H., Gerste um 45 v. H., Zucker um 30 v. H. höher als im Gebiet der Ostmark!

lich stellte Ungarn vor dem Kriege ziemlich genau jenen Überschuß an Brotgetreide, den die Gebiete der deutschen Ostmark sowie Böhmen und Mähren-Schlesien zusammen benötigten⁶⁾. Auf der anderen Seite aber war Ungarn das größte Absatzgebiet für die österreichischen Industriewaren, vor allem für die Textilerzeugnisse der Sudetenländer und die Garne Niederösterreichs. Trotz der bedeutenden Entwicklung der österreichischen Textilindustrie fand sie auf diese Weise ihren Absatz fast ganz im Zollinland, ohne dessen Bedarf völlig decken zu können; ein beträchtlicher Zwang zur Ausfuhr ins Zollaussland bestand nur in Leinenwaren. Ein gutes Drittel der gesamten österreichischen Ausfuhr (vor allem aus Böhmen und Mähren) wurde vor dem Krieg in Ungarn untergebracht, der Rest im Zollaussland. Von Ungarn her gesehen war die Verflechtung noch enger: Drei Viertel seiner Gesamteinfuhr stammten aus der österreichischen Reichshälfte, drei Viertel seiner Ausfuhr, darunter fast seine gesamte Nahrungsmittelausfuhr, gingen dorthin. Ohne Berücksichtigung dieser weitgehenden Ergänzung durch das Zollinland Ungarn wäre das Bild von der Vorkriegsverflechtung zwischen den österreichischen Alpen- und den Sudetenländern nicht vollkommen.

II. Das Streben nach nationalwirtschaftlicher Integration nach dem Kriege

Die besonders enge wirtschaftliche Verflechtung zwischen den einzelnen Nachfolgestaaten ist sogar in den Friedensdiktaten dadurch anerkannt worden, daß dort etwaige Präferenzvereinbarungen zwischen diesen Staaten ausdrücklich als zulässige Ausnahme vom internationalen Meistbegünstigungsprinzip erklärt wurden. Die neugeschaffenen Staaten, vor allem die Tschechoslowakei und Jugoslawien, sträubten sich freilich stets und mit Erfolg aufs heftigste, von den dadurch gebotenen Möglichkeiten Gebrauch zu machen. Vor allem die Tschechoslowakei strebte von Anfang an dahin, ihre politische Sonderexistenz auch durch die Entwicklung einer völlig auf sich selbst stehenden Wirtschaft zu bekräftigen und zu untermauern. Statt sich um die Erhaltung ihrer früheren Wirtschaftsbeziehungen zu den Nachfolgestaaten zu bemühen, tat sie durch Ein- und Ausfuhrverbote und monopolistische Außenhandelsführung in den ersten Nachkriegsjahren alles, sie zu zerstören. So hatte sie gerade Österreich seine Abhängigkeit von den tschechischen

⁶⁾ Allerdings verblieb daneben in der Regel noch ein weiterer durch Einfuhr zu deckender Getreidezuschußbedarf für die Nordost- und für die Südgebiete Alt-Österreichs.

Kohlen- und Zuckerlieferungen empfindlich fühlen lassen. Ungarn seinerseits hatte 1918 einen großen Teil der von ihm mühsam aufgebauten Industrie an die anderen Nachfolgestaaten verloren⁷⁾ und ging nun mit verdoppelter Kraft an einen industriellen Neuaufbau. Das kleine Restösterreich hatte noch lange Jahre nach dem Kriege um das nackte Leben seiner Bewohner zu kämpfen; es litt Mangel an Brot, an Kohle, an Rohstoffen und kam zunächst überhaupt nicht dazu, ein selbständiges Programm des Neuaufbaues seiner zerstückelten Wirtschaft zu formulieren.

In den genannten drei Nachfolgestaaten, die die Kernlande der Monarchie geerbt hatten, war dabei das Problem durchwegs ein zweifaches: Einmal galt es die Lücken im nationalen Produktionsaufbau zu schließen, welche die Abschneidung von den übrigen Gebieten gerissen hatten. Zweitens galt es, die Ausfuhrichtung der überdimensionierten Erzeugungszweige nach Möglichkeit von den immer unsicherer werdenden Märkten der Nachfolgestaaten weg auf neue Märkte zu verlegen. An S t r u k t u r

Die wichtigsten Warengruppen im österreichisch-tschechischen Handel

Österreichische Einfuhr aus der Tschechoslowakei Werte in 1000 S						
Warengruppe	1923	1925	1929	1934	1936	1937
Textilien gesamt ¹⁾ . . .	187.661	235.123	247.070	57.375	50.501	47.722
dav. Seidenwaren . . .	54.588	48.425	70.958	18.606	14.255	13.013
Baumwollgarne . . .	5.340	8.041	7.518	5.443	6.659	5.140
Baumwollwaren . . .	127.117	99.573	78.737	10.757	9.350	8.919
Wollgarne . . .	12.491	13.479	23.609	11.881	10.026	10.056
Wollwaren . . .	58.255	51.151	49.562	7.808	6.519	6.269
Mineralische Brennstoffe	99.485	74.870	74.317	41.893	34.137	38.393
Zucker	69.081	44.450	34.206	560	178	188
Getreide	34.515	18.389	34.770	1.021	1.027	13.647
Eisenwaren	15.543	27.064	38.180	6.362	5.075	6.944
Hopfen	18.858	17.492	6.771	3.815	3.150	1.940
Glaswaren	4.604	9.988	10.952	3.349	3.198	3.769
Österreichische Ausfuhr in die Tschechoslowakei Werte in 1000 S						
Warengruppe	1923	1925	1929	1934	1936	1937
Textilien gesamt ¹⁾ . . .	72.742	78.822	91.013	18.543	20.137	17.358
dav. Seidengespinnste . . .	31.118	34.425	33.466	7.207	7.535	6.769
Seidenwaren . . .	16.288	15.257	31.220	4.428	2.807	2.862
Baumwollgarne . . .	8.356	11.205	5.247	900	562	2.299
Baumwollwaren . . .	3.262	4.619	5.278	1.131	1.636	1.691
Wollgarne . . .	5.270	4.600	3.369	429	260	316
Wollwaren . . .	1.771	2.014	4.226	2.200	2.630	3.019
Eisenwaren	6.509	15.400	18.383	6.162	7.859	17.004
Elektr. Apparate und Bedarfsgegenstände . . .	3.779	5.518	5.462	1.393	1.458	1.986
Andere Maschinen und Apparate	4.254	8.285	7.280	2.043	1.854	3.585
Metallwaren	4.791	6.494	13.849	1.620	2.061	2.599
Chemische Erzeugnisse . . .	4.427	5.874	6.737	1.951	1.421	988

¹⁾ Einschließlich Bekleidung.

⁷⁾ Nach ungarischen Angaben hatte es durch den Kriegsausgang 98 v. H. seiner Papier-, 71 v. H. der Glas-, 80 v. H. der Metall-, 60 v. H. der chemischen und 73 v. H. der Baumwollindustrie, insgesamt etwa 23 v. H. seiner gesamten Industriekapazität, an die Tschechoslowakei verloren.

und Richtung des Außenhandels der Nachfolgestaaten ließen sich so die Bemühungen um eine neue nationalwirtschaftliche Integration der Restwirtschaften in allen Einzelheiten ablesen. Im folgenden sollen jedoch nur die wichtigsten Ergebnisse beleuchtet werden.

1. Völlige Zerreißen des landwirtschaftlichen Tauschkreises der Monarchie

Vielleicht am vollständigsten ist der frühere Tauschkreis bei den landwirtschaftlichen Erzeugnissen durch die Nachkriegspolitik der Nachfolgestaaten zerstört worden. Auf diesem Gebiet traf sich die Tendenz zur wirtschaftlichen Selbstständigkeit mit der allgemeinen Tendenz zur Selbstversorgung in Nahrungsmitteln, die besonders in der letzten Weltkrise überall so große Fortschritte gemacht hat.

Zwar ist es Österreich nicht gelungen, in erreichbare Nähe des Zieles der völligen Nahrungsmittelautarkie zu gelangen; noch einige Jahre vor dem Anschluß (1935/36) war es zu mehr als ein Viertel seines Gesamtbedarfes an Lebensmitteln auf ausländische Zufuhren angewiesen (vor dem Krieg schätzungsweise beinahe zur Hälfte). Aber es hat gerade auf jenen Gebieten, auf denen der böhmisch-mährische Raum eine Rolle als Lieferant spielte, unerwartete Erfolge mit der Selbstversorgung erzielt. Dies gilt vor allem für die Zuckerversorgung. Hatte die Ostmark noch in den Jahren 1925 bis 1929, ähnlich wie in der Vorkriegszeit, durchschnittlich über 1 Million Tonnen Zucker im Werte von über 40 Millionen Schilling aus dem böhmisch-mährischen Raum⁸⁾ einführen müssen, so war 1936/37 die volle Eigenversorgung erreicht und die Zuckereinfuhr unbeachtlich geworden (vgl. Tabelle). Ebenso ist die österreichische Gerstenerzeugung von rund 1,8 Millionen Tonnen im

Die Zuckerwirtschaft in Österreich und in der Tschechoslowakei

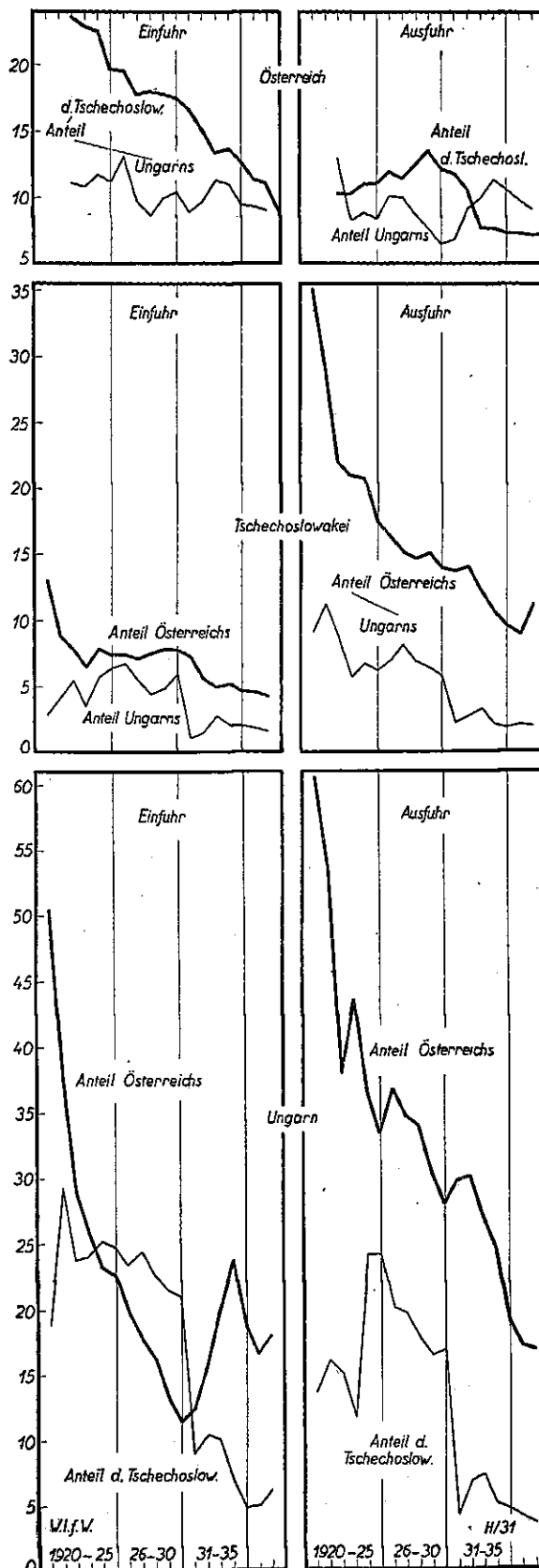
	a) Österreich				
	1913/14	1918/19	1925/26	1928/29	1935/36
Anbaufläche (ha)	25.060	5.382 ⁸⁾	20.179	30.357	43.795
Zuckerezeugung (1000 dz) ¹⁾	8.200	781	1.221	2.059	7
Zuckereinfuhr (1000 dz) ²⁾	.	57 ⁸⁾	1.036	1.119	7
davon aus der Tschechoslowakei (1000 dz) ²⁾	.	604	926	950	7
b) Tschechoslowakei					
Anbaufläche (ha)	295.081	182.039	307.448	262.697	157.000
Zuckerezeugung (1000 dz) ¹⁾	12.725	6.482	15.073	10.564	5.707
Zuckerausfuhr (1000 dz) ¹⁾	.	1.262	10.779	6.742	1.920

¹⁾ Rohzuckerwert. — ²⁾ in den Jahren 1919, 1926, 1929, 1936. —
³⁾ in der Kampagne 1919/20.

⁸⁾ Einschließlich der Slowakei; hier wie im folgenden kann für die Nachkriegszeit stets nur der Handel mit der gesamten Tschechoslowakei (einschließlich der Slowakei) ausgewiesen werden.

Die gegenseitige Handelsverflechtung der Nachfolgestaaten

Anteile am Außenhandel in v. H.
Natürlicher Maßstab



Durchschnitt der Jahre 1923 bis 1925 auf rund 2,8 Millionen Tonnen 1935 bis 1937 gesteigert worden, was eine Einschränkung der Braugersteinfuhr (weniger dagegen der Futtergersteinfuhr) zur Folge hatte. Der starke Ausbau der österreichischen Milchwirtschaft nach dem Kriege verwandelte die Ostmark schließlich von einem Einfuhr- in ein Ausfuhrland für Milch und Molkereierzeugnisse; auch hier war die Tschechoslowakei ganz besonders betroffen, da sie in den ersten Jahren (wie vor dem Krieg) auf diesem Gebiet der Hauptlieferant gewesen war.

Als Ergebnis dieser Umschichtungen ist schließlich der Austausch von Lebensmitteln zwischen Österreich und der Tschechoslowakei völlig zum Stillstand gekommen; betrug die österreichische Einfuhr von lebenden Tieren, Nahrungsmitteln und Getränken aus der Tschechoslowakei 1925 mit 116 Millionen Schilling noch über ein Fünftel der Gesamteinfuhr aus der Tschechoslowakei, so war dieser Posten 1936 mit 3,4 Millionen Schilling gänzlich unbeachtlich geworden⁹⁾ (vgl. nachfolgende Tabelle). Hatte die Tschechoslowakei 1925 noch 17,5 v. H. der österreichischen Lebensmitteleinfuhr gestellt, so waren es 1934 von der viel kleineren Einfuhr nur noch 1,7, 1936 nur noch 1,4 v. H. (vgl. Abb. S. 115). Viel besser hatte sich demgegenüber schon der Nachfolgestaat Ungarn gehalten, der wie vor dem Kriege so auch nachher als wichtigster Getreide- und Mehllieferant der Ostmark eine große Rolle spielte.

Die Entwicklung des österreichisch-tschechischen Handels nach dem Kriege

Einfuhr aus der Tschechoslowakei nach Österreich in Mill. S						
Warengruppe	1923	1925	1929	1934	1936	1937
Lebende Tiere	3,8	9,1	5,8	0,2	0,0	0,1
Nahrungsmittel und Getränke	149,4	107,3	98,1	3,7	3,4	16,1
Rohstoffe und halbfertige Waren	153,9	129,3	125,2	67,9	60,8	64,1
Fertige Waren	328,9	320,4	360,8	86,7	79,8	80,1
Zusammen	633,1	566,1	589,9	158,5	144,0	160,4

Ausfuhr Österreichs nach der Tschechoslowakei in Mill. S						
Warengruppe	1923	1925	1929	1934	1936	1937
Lebende Tiere	4,8	0,9	0,3	0,0	0,1	0,0
Nahrungsmittel und Getränke	5,7	9,4	5,4	2,9	1,5	1,3
Rohstoffe und halbfertige Waren	27,6	46,5	75,8	16,8	22,8	24,4
Fertige Waren	129,3	156,9	213,0	44,3	46,6	61,7
Zusammen	167,4	213,7	294,6	64,2	71,0	87,4

⁹⁾ Nur 1937 kam wieder ein sporadischer Getreideimport aus den Überschubbeständen des tschechischen Getreidemonopols im Werte von rund 14 Millionen Schilling zustande.

Nicht weniger bedeutsam war der Ausbau der tschechischen Landwirtschaft. Die Tschechoslowakei hatte in der Slowakei ein landwirtschaftliches Überschubgebiet gewonnen; die durch die Exportkrise erzwungene Einschränkung des Zuckerrübenanbaus (vgl. Tabelle S. 113) förderte die Umstellung auf die Mangelserzeugnisse (vor allem auf Getreide) auch in den böhmischen Ländern. In den Jahren der Weltkrise hatte die tschechoslowakische Landwirtschaft insgesamt die Selbstversorgung, vor allem an Getreide, so gut wie erreicht. Hier war jedoch nicht die Ostmark der Hauptleidtragende; sie hatte nie eine nennenswerte Nahrungsmittelausfuhr in die Tschechoslowakei aufzuweisen. Wohl aber gab dieser Ausbau der tschechischen Landwirtschaft der früheren engen Verflechtung zwischen den böhmisch-mährischen Ländern und Ungarn den Todesstoß. Als 1930 im Interesse der tschechischen Landwirtschaft der Handelsvertrag mit Ungarn gekündigt wurde, sank die landwirtschaftliche Einfuhr der Tschechoslowakei aus Ungarn schlagartig auf beinahe Null herab; umgekehrt freilich büßte die tschechische Textilindustrie damals noch den Rest ihres früher so großen Absatzes in Ungarn ein, so daß in dem gegenseitigen Warenverkehr ein fast völliger Stillstand eintrat (vgl. Abb. S. 113).

2. Sudetenraum als wichtigster Kohlenlieferant Österreichs

Auch auf dem Gebiet des Bergbaues löste die Zerreißung der altösterreichischen Wirtschaftsbeziehungen Bestrebungen nach Ausbau der Eigenversorgung aus Österreich, das in den ersten Jahren nach dem Kriege die völlige Entblößung von Kohle und die Abhängigkeit von einer feindlich gesinnten Tschechoslowakei auf diesem Gebiete aufs verhängnisvollste zu spüren bekommen hatte, versuchte

Kohlenerzeugung in Österreich und in der Tschechoslowakei

	Österreich		Tschechoslowakei	
	Braunkohle	Steinkohle	Braunkohle	Steinkohle
	in 1000 t			
1913	2.621	87	23.127	14.271
1920 ^{*)}	2.409	133	19.958	11.380
1921 ^{*)}	2.479	138	21.335	12.023
1922	3.136	166	19.174	10.465
1923	2.686	158	16.266	12.347
1924	2.786	172	20.460	15.179
1925	3.027	145	18.605	12.558
1926	2.958	157	18.316	14.177
1927	3.064	176	19.621	14.016
1928	3.263	202	20.451	14.560
1929	3.525	208	22.561	16.521
1930	3.063	216	19.194	14.435
1931	2.982	228	17.932	13.103
1932	3.103	231	15.858	10.961
1933	3.014	239	15.063	10.532
1934	2.851	251	15.071	10.789
1935	2.971	261	15.114	10.894
1936	2.897	244	16.070	12.233
1937	3.242	230	18.042	16.951

^{*)} Ohne Burgenland

einerseits seine spärlichen Kohlenvorkommen weiter auszubauen, andererseits sich durch Ausbau seiner reichen Wasserkraftreserven von der Kohle überhaupt weniger abhängig zu machen. Der Ausbau der österreichischen Elektrizitätserzeugung braucht hier nicht weiter belegt zu werden. Die österreichische Kohlenenerzeugung konnte immerhin beträchtlich über den Vorkriegsstand gesteigert werden; freilich deckt sie nach wie vor, wenigstens bei der Steinkohle, nur einen Bruchteil des Eigenbedarfes. Die Einfuhr insgesamt ist weit unter den Vorkriegsstand gesunken. Die Tschechoslowakei hat zwar seit 1932 wieder ihren Vorkriegsanteil an der österreichischen Steinkohleneinfuhr erreicht und sogar übertroffen, absolut aber den damaligen Stand nie mehr auch nur annähernd erreichen können; bei der Braunkohle ist sie sogar durch Ungarn völlig verdrängt worden. Nicht zuletzt hat dieser Absatzausfall auf dem öster-

reichischen Markt zur Folge gehabt, daß die böhmisch-mährischen Länder nach dem Kriege trotz gesteigerten Eigenverbrauches die Vorkriegserzeugung bei Braunkohle nie mehr, bei Steinkohle nur vorübergehend haben erreichen können. Gegen Ende des Jahres 1938 schließlich ist infolge der politischen Ereignisse (Abtretung der deutschen Sudetengebiete und Abtretung eines Teiles des Karwiner Kohlenreviers an Polen) die Tschechoslowakei als Kohlenlieferant der Ostmark fast völlig ausgefallen.

3. Die Entflechtung der altösterreichischen Textilwirtschaft

Es ist oben bereits bemerkt worden, daß die wechselseitige Verflechtung der Sudeten- und der Alpenländer am einprägsamsten in der Textilwirtschaft war. Selbst in den Außenhandelsziffern der ersten Nachkriegszeit kommt sie noch deutlich zum Ausdruck. Nicht weniger als 55 v. H. der tschechischen Gesamtausfuhr nach Österreich entfielen im Durchschnitt der Jahre 1920 bis 1923 auf die

Österreichs Einfuhr von Stein- und Braunkohle

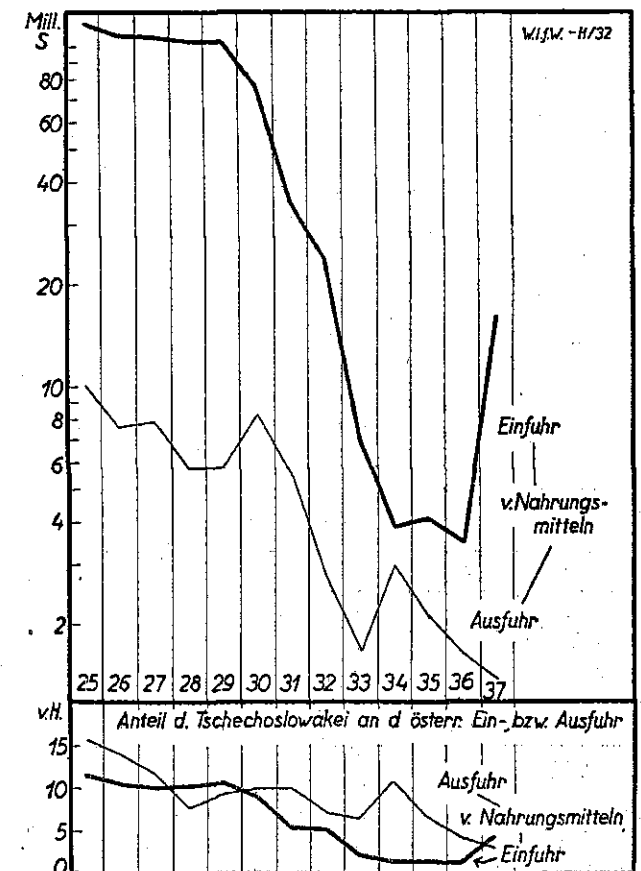
a) Einfuhr von Steinkohle						
Zeit	Gesamt		davon aus der Tschechoslowakei			
	Menge in (1000 t)	Wert in (Mill. S)	Menge		Wert in (Mill. S)	
			(in 1000 t)	Anteil an der Gesamteinfuhr in v. H.		
1913 ¹⁾	5.200	.	1.850	36,0	.	
1920	2.548	.	502	19,7	.	
1921	3.428	.	855	25,0	.	
1922	
1923	3.747	.	659	17,6	.	
1924	4.522	2.267	1.145	25,3	.	
1925	4.223	2.773	1.023	24,2	449	
1926	4.120	1.595	1.141	27,7	445	
1927	4.561	1.758	1.314	28,8	481	
1928	4.593	1.728	1.216	26,5	435	
1929	5.302	2.037	1.351	25,5	477	
1930	3.924	1.500	1.284	32,7	452	
1931	3.830	1.424	1.259	32,9	431	
1932	2.994	1.166	1.045	34,9	379	
1933	2.672	1.018	1.094	40,9	400	
1934	2.587	865	1.193	46,1	352	
1935	2.409	810	1.066	43,2	304	
1936	2.361	722	1.038	44,0	266	
1937	2.649	753	1.278	48,2	297	
1938	1.534	229 ²⁾	805	52,5	103 ²⁾	

b) Einfuhr von Braunkohle						
Zeit	Gesamt		davon aus			
	Menge in (1000 t)	Wert in (Mill. S)	Ungarn		Tschechoslowakei	
			Menge in (1000 t)	Wert in (Mill. S)	Menge in (1000 t)	Wert in (Mill. S)
1913 ¹⁾	1.820	.	.	.	1.320	.
1920	1.192	.	8	.	1.142	.
1921	2.085	.	4	.	1.974	.
1922
1923	861	.	1	.	796	.
1924	841	.	8	.	715	.
1925	466	156	64	18	315	112
1926	452	132	94	23	292	93
1927	413	125	81	23	279	88
1928	412	122	92	25	268	84
1929	529	149	154	35	316	98
1930	356	106	128	34	177	57
1931	354	103	150	38	163	53
1932	176	51	103	26	64	22
1933	158	39	110	24	44	14
1934	153	35	105	21	41	12
1935	168	38	116	23	45	12
1936	157	35	110	22	41	11
1937	183	40	127	26	46	12
1938	212	28 ¹⁾	166	21 ¹⁾	36	5 ¹⁾

¹⁾ Schätzung. — ²⁾ in Mill. RM

Der Anteil der Tschechoslowakei am österreichischen Außenhandel mit Nahrungsmitteln

Absol. Werte: logarithm. Maßstab; v. H.: natürl. Maßstab



Textilausfuhr¹⁰⁾ und noch 1927 bis 1929 waren es 47 v. H. Umgekehrt bestand die österreichische Ausfuhr in die Tschechoslowakei 1923 bis 1925¹¹⁾ zu 41 v. H., für die Jahre 1927 bis 1929 noch zu 35 v. H. aus Textilien; 1937 war dieser Anteil auf 20 v. H. abgesunken.

Baumwollindustrie

Besonders differenziert war die Arbeitsteilung in der Baumwollindustrie gewesen. Die Ostmark hatte hier von der Spinnerei des früheren Österreich 22,1 v. H., von der Weberei 7,7 v. H., von der Druckerei 25,9 v. H. geerbt¹²⁾. Nach dem Materialverbrauch im Jahre 1913 gemessen, betrug der Anteil der Ostmark an der Industrie der Sudeten- und Alpenländer (ohne die übrigen österreichischen Gebiete): bei der Spinnerei 26 v. H. bei den wichtigsten garnverbrauchenden Zweigen 12 v. H. (darunter Weberei 10 v. H., Wirkerei und Strickerei 8 v. H.), bei den Veredlungszweigen insgesamt rund 25 v. H. (darunter Bleicherei und Färberei 23 v. H., Druckerei 31 v. H.). Aus Garnerzeugung und -verbrauch läßt sich

Die Verteilung der altösterreichischen Baumwollwirtschaft auf das Gebiet der Ostmark und der Sudetenländer (1913/14)

	Zahl der Arbeiter		Materialverbrauch 1913	
	Personen	Anteil v. H.	in t	Anteil v. H.
1. Feinspinnerei: Ostmark ¹⁾	9.896	28,3	43.489	26,3
Sudetenländer ²⁾	25.097	71,7	121.974	73,7
Zusammen	34.993	100,0	165.463	100,0
2. Zwirnerei: Ostmark ¹⁾	1.507	31,0	5.216	30,9
Sudetenländer ²⁾	3.362	69,0	11.662	69,1
3. Weberei: Ostmark ¹⁾	6.537	8,6	11.411	9,7
Sudetenländer ²⁾	69.697	91,4	106.365	90,3
4. Wirkerei und Strickerei: Ostmark ¹⁾	1.707 ³⁾	10,6	1.466	7,5
Sudetenländer ²⁾	14.332 ³⁾	89,4	18.040	92,5
Garnverbrauchende Betriebe zusammen (2-4): Ostmark ¹⁾	9.751	10,0	18.093	11,7
Sudetenländer ²⁾	87.391	90,0	135.067	88,3
Zusammen	97.142	100,0	154.160	100,0
5. Bleicherei, Färberei u. Appretur: Ostmark ¹⁾	4.349	24,0	22.687	22,8
Sudetenländer ²⁾	13.776	76,0	76.904	77,2
6. Druckerei: Ostmark ¹⁾	2.227	25,0	10.450 ⁴⁾	30,7
Sudetenländer ²⁾	6.672	75,0	21.350 ⁴⁾	69,3
Veredlungszweige zusammen (5-6): Ostmark ¹⁾	6.576	24,3	33.137	25,2
Sudetenländer ²⁾	20.448	75,7	98.254	74,8
Zusammen	22.024	100,0	131.391	100,0

¹⁾ Alpenländer und Niederösterreich. — ²⁾ Böhmen, Mähren, Schlesien. — ³⁾ Ohne Heimarbeiter. — ⁴⁾ = 63 Mill. m.
⁵⁾ = 142 Mill. m

¹⁰⁾ Garne und Webwaren und sonstige Textilfertigerwaren (einschließlich Bekleidung).

¹¹⁾ Für die Jahre vor 1923 liegen brauchbare Vergleichsziffern nicht vor.

¹²⁾ Nach Kuffler, „Textilindustrie“, in: Handbuch der österreichischen Wirtschaft, Berlin, 1924.

ein ziemlich einwandfreies Bild des Austausches ablesen: Im Gebiet der heutigen Ostmark wurden mehr als doppelt so viel Garne erzeugt, als dort weiterverarbeitet werden konnten; der Überschub ging außer nach Ungarn in der Hauptsache in die Sudetenländer, die mehr Garne weiterverarbeiteten als erzeugten. Von dort ging ein Teil der Web- und Wirkwaren wieder zurück in die Ostmark zur Veredlung.

Freilich ging die Arbeitsteilung noch viel weiter: Im Gebiet der Ostmark wurden in der Hauptsache grobe Baumwollgarne erzeugt, während die Spinnerei feinere Sorten (Mako und Sea Island) in den deutschen Sudetengebieten zu Hause war; der Anteil der Ostmark an der eigentlichen Feinspinnerei betrug vor dem Krieg nur 9 v. H. In den Sudetenländern war auch die Abfall- und Vigognespinnerei konzentriert. Die ostmärkischen Webereien hatten sich vor allem auf leichte Gewebe spezialisiert, während die übrigen Webwaren, vor allem auch bunte Gewebe, in den Sudetenländern hergestellt wurden. In den Zweigen der Baumwollveredlung war die Ostmark wieder besonders spezialisiert auf Druckerei, Stückbleicherei in leichter Ware, Bündelgarn- und Stranglüstriererei und -bleicherei.

Nach der Zerreißung des Wirtschaftsgebietes suchte jedes Land die fehlenden Produktionslücken auszubauen.

Baumwollindustrie in Österreich und der Tschechoslowakei

	Anzahl der Spindeln			Anzahl der Webstühle	
	1914	1929	1937	1914	1936
Deutsch-Österreich	1.170	1.046	776	11.616	15.762
Böhmen, Mähren und Schlesien ¹⁾	3.310	3.660	3.445	117.584	105.000

¹⁾ 1929, 1936 und 1937: Tschechoslowakei.

In Österreich wurde die Weberei stark ausgebaut, vor allem auf den Gebieten, auf denen es früher besonders auf Einfuhr angewiesen war (Buntweberei). Die Spinnerei, die relativ überdimensioniert war, ging dagegen zurück.

Umgekehrt ist in der Tschechoslowakei eine Einschränkung vor allem in der Baumwollweberei zu beobachten. Schon in den ersten Nachkriegsjahren wanderten die Webstühle, ja ganze Fabriken aus der Tschechoslowakei in die Nachfolgestaaten ab; in den Jahren 1920 bis 1923 sollen allein 5000 Webstühle nach Ungarn und Jugoslawien abgewandert sein. Noch stärker als die Zahl der Webstühle sank ihre Ausnutzung. Auf der anderen Seite aber wurde die tschechische Spinnerei, die vor dem Kriege unzureichend gewesen war, nicht etwa

besonders ausgebaut. Für die verkleinerte Kapazität der weiterverarbeitenden Industrie war die Garnerzeugung nämlich sogar zu groß geworden. Immerhin hielt sich die Spinnerei erheblich besser als die Weberei.

Diese Veränderungen im Produktionsaufbau spiegeln sich auch im Außenhandel deutlich wieder. Die Tschechoslowakei, vor dem Krieg ein Garneinfuhrland, wurde nach dem Krieg sogar ein bedeutendes Ausfuhrland für Garne. Auch im gegenseitigen Verkehr zwischen Österreich und der Tschechoslowakei drückt sich diese relative Überkapazität an Garnen deutlich aus: war noch bis 1926 die tschechische Baumwollgarneinfuhr aus der Ostmark wie vor dem Kriege größer gewesen als die Garnausfuhr, so überwiegt seit 1927 sowohl bei rohen wie bei gefärbten und bedruckten Baumwollgarnen die Ausfuhr aus der Tschechoslowakei nach Österreich (vgl. Abb. S. 119).

Ebenso läßt sich der Ausbau der österreichischen Baumwollweberei an den Außenhandelsziffern verfolgen. Die Einfuhr von Baumwollgeweben war vor dem Krieg und in der ersten Nachkriegszeit bei weitem der größte Posten in dem österreichischen Handel mit Textilerzeugnissen gewesen; sie ist von 1923 bis 1937 wertmäßig auf fast ein Zehntel, mengenmäßig auf ein Fünftel eingeschrumpft; seit 1933 ist sogar die österreichische Ausfuhr von Baumwollwaren größer als die entsprechende Einfuhr (wenigstens wertmäßig). Gegenüber der Tschechoslowakei als dem Hauptlieferanten von Baumwollwaren freilich ist die Bilanz bis 1938 stark passiv geblieben; doch hat die tschechische Ausfuhr durch die österreichischen Einfuhrdrosselungen außerordentlich gelitten (vgl. Abb. S. 119). Freilich ist stets ein nicht unbeträchtlicher Veredelungsverkehr auch in Baumwollgeweben in Gang geblieben; dabei wiegen in der Einfuhr der Ostmark die rohen und die buntgewebten Gewebe vor, während in ihrer Ausfuhr die bedruckten, sowie die gebleichten und merzerisierten Gewebe überwiegen. Insgesamt aber hat sich sowohl auf der Einfuhr- wie auf der Ausfuhrseite der Austausch von Garnen erheblich besser gehalten, als der von Webwaren.

Die übrigen Textilzweige

Im Grunde genommen war die Entwicklung der Wollindustrie in den beiden Ländern ganz ähnlich der der Baumwollindustrie.

Die Wollindustrie
in Österreich und in der Tschechoslowakei

Gebiet der Ostmark Böhmen, Mähren und Schlesien 1)	Streichgarn- spindeln		Kammgarn- spindeln		Webstühle	
	1913	Ende 1934	1913	Ende 1934	1913	Ende 1934
		57.000	55.000	112.000	135.000	1.500
	737.000	449.000	600.000	531.000	32.600	19.400

1) Ende 1934: Tschechoslowakei

In dem Gebiet der Tschechoslowakei waren 1918 86 v. H. der Webstühle, rund 90 v. H. der Streichgarnspindeln, fast 74 v. H. der Kammgarnspindeln Altösterreichs verblieben. Die Ostmark war insgesamt sehr stark auf Einfuhr angewiesen.

Immerhin war auch hier die Spinnereikapazität im Gebiet der Alpenländer größer als die Verarbeitungsmöglichkeiten im eigenen Gebiet. Von den Streichgarnen konnte zwar der größte Teil im Inland an die Weberei abgesetzt werden; die Kammgarne dagegen gingen überwiegend ins Ausland. Auch auf diesem Gebiete war der Ausbau der Weberei in der Ostmark, ihre Einschränkung in den Sudetenländern die bemerkenswerteste Erscheinung. Während die ostmärkische Wollgarnbilanz insgesamt wertmäßig seit 1934 sogar leicht passiv geworden ist, ist seit 1933 die Ausfuhr von Wollwaren größer als die Einfuhr davon; 1923 hatte sie noch weniger als ein Drittel, 1929 nur wenig über die Hälfte der Ausfuhr betragen! Gegenüber der Tschechoslowakei freilich war — wie bei der Baumwollindustrie — auch hier die Einfuhr stets viel größer als die Ausfuhr.

Einen ganz besonderen Rang im Rahmen des Handelsverkehrs zwischen Österreich und dem böhmisch-mährischen Raum nahm von jeher der Veredelungsverkehr in Seidenerzeugnissen ein. Die Seidenspinnerei war und ist noch heute weitgehend im Gebiet der Ostmark konzentriert; ein großer Teil der Gespinste wurde in die Tschechoslowakei (vor allem nach Mähren) verbracht, um dort gewebt zu werden. Der Anteil, den die Ostmark 1918 von der altösterreichischen Seidenweberei übernahm, war ganz unbedeutend. Auch in der Nachkriegszeit wurde diese kaum ausgebaut, da auf Grund von besonderen Übereinkommen die Seidenwebwaren aus der Tschechoslowakei zollfrei im Veredelungsverkehr nach Österreich verbracht werden durften, um dort weiterveredelt zu werden¹³⁾. Bis 1937 gingen so im Durchschnitt vier Fünftel der ausgeführten österreichi-

Österreichischer Veredelungsverkehr in Seide und Seidenwaren 1)

	Einfuhr		Ausfuhr	
	Menge dz	Wert 1000 S	Menge dz	Wert 1000 S
1926	11.725	65.982	8.514	44.650
1927	18.220	80.354	15.406	62.080
1928	20.971	97.233	16.114	73.121
1929	20.806	97.217	17.520	81.734
1930	22.112	94.966	18.631	82.328
1931	20.687	74.787	16.810	66.973
1932	13.411	44.302	12.715	39.572
1933	11.230	27.992	10.193	21.761
1934	13.587	29.134	10.535	21.999
1935	13.158	22.421	10.830	18.926
1936	13.058	25.563	10.706	21.265
1937	11.804	20.466	8.438	16.559
1938	5.894	6.442	6.317	6.696

1) Gesamt; entfällt ganz überwiegend auf den Verkehr mit der Tschechoslowakei

¹³⁾ Die dadurch betroffenen österreichischen Seiden- und Baumwollwebereien bekamen Entschädigungszahlungen zum Ausgleich.

schen Seidengarne in die Tschechoslowakei, während über die Hälfte der Gesamteinfuhr von Seidenwaren auf die Veredelungseinfuhr von dorthier entfiel. Trotz starken wertmäßigen Rückgangs konnte die Seidengarnausfuhr die zweite Stelle in der Ausfuhr in die Tschechoslowakei (nach Eisenwaren) halten, während Seidenwaren auch in der Einfuhr an zweiter Stelle hinter der Kohleneinfuhr standen. Nur in einem besonderen Zweig der Seidenverarbeitung, nämlich in der Stoff- und Bandweberei, hatte Österreich nach dem Kriege eine größere Kapazität, als es verwerten konnte; hier zeigte sich dann auch ein ziemlich starker Schrumpfungsprozeß in der Nachkriegszeit.

In der Hanf- und Juteindustrie hatte Österreich 1918 einen beträchtlichen Teil der altösterreichischen Spinnerei, einen geringeren Teil der Weberei übernehmen können; nach dem Krieg konnte diese Industrie weiter als Ausfuhrindustrie ausgebaut werden. In der Leinenindustrie waren vor dem Krieg die böhmisch-mährischen Länder die fast alleinigen Lieferanten für die ganze Donaumonarchie gewesen¹⁴⁾. Auch hier aber konnten sie nach dem Krieg ihre dominierende Stellung nicht halten. Dank des Aufbaues einer eigenen Leinenweberei in der Ostmark konnte die Einfuhr aus der Tschechoslowakei in den letzten Jahren auf weniger als ein Fünftel der Einfuhr vor 1929 eingeschränkt werden.

Zusammenfassung

Auf beinahe allen Gebieten der Textilindustrie ist die frühere Spezialisierung zwischen den einzelnen Gebieten Altösterreichs weitgehend rückgängig gemacht worden. Die hervorstechendsten Züge dieses Prozesses bildeten der Ausbau aller Zweige der österreichischen Weberei in Anpassung an die relativ überdimensionierte Spinnkapazität, sowie das Hervortreten der Tschechoslowakei als Garnexporteur gegenüber ihrem früheren Einfuhrbedarf an Garnen. Der Austausch von Webwaren ist infolge dieses Prozesses überall ganz besonders stark eingeschränkt worden. Mit der stärkeren nationalwirtschaftlichen Ausrichtung der ganzen Textilherzeugung in sämtlichen Nachbarstaaten hat der Textilaußenhandel sowohl in Österreich wie in der Tschechoslowakei nicht nur absolut, sondern auch relativ stark an Boden verloren. 1923 machten Textilherzeugnisse (nur Garne und Webwaren) noch 21 v. H., der österreichischen Gesamteinfuhr, 24 v. H. der österreichischen Gesamtausfuhr

¹⁴⁾ Sie vereinigten 97 v. H. der Spindeln und Webstühle Altösterreichs in dieser Branche auf sich.

Österreichs Textilhandel gesamt und mit der Tschechoslowakei

a) Einfuhr von Textilherzeugnissen ¹⁾						
Jahr	Gesamt		davon aus der Tschechoslowakei	Anteil der Tschechoslowakei an der österreichischen Einfuhr (in v. H.)		
	in 1000 S	in v. H. der österr. Gesamteinfuhr	in 1000 S	von Textilien gesamt	von Garnen	von Textilfertigwaren
1923	586.001	21·2	266.275	45·4	22·4	49·5
1929	539.115	16·3	237.049	44·0	26·3	48·7
1934	135.759	11·6	56.432	41·6	35·6	45·2
1937	128.484	8·8	46.453	36·2	32·4	38·8

b) Ausfuhr von Textilherzeugnissen ¹⁾						
Jahr	Gesamt		davon aus der Tschechoslowakei	Anteil der Tschechoslowakei an der österreichischen Ausfuhr (in v. H.)		
	in 1000 S	in v. H. der österr. Gesamtausfuhr	in 1000 S	von Textilien gesamt	von Garnen	von Textilfertigwaren
1923	392.455	24·1	67.849	17·3	26·5	10·0
1929	491.831	22·2	84.361	17·2	25·6	12·7
1934	151.154	17·3	16.697	11·1	13·4	9·3
1937	182.544	14·8	17.744	9·7	11·2	8·4

¹⁾ Nur Garne und Webwaren, ohne Bekleidung.

aus; 1937 waren es weniger als 9 und 15 v. H. gewesen. Der Anteil der Tschechoslowakei an diesem so stark verringerten Handel war bei der Einfuhr von 45 auf 36 v. H., bei der Ausfuhr von 17 auf 10 v. H. gesunken. Dabei ist es durchaus in Einklang mit den oben hervorgehobenen Tendenzen, daß sich die Lieferstellung der Tschechoslowakei wenigstens anteilmäßig bei den Garnen beträchtlich erhöht hat (von 22·4 auf 32·4 v. H.), bei den Webwaren dagegen stark gesunken ist (von 49·5 auf 38·8 v. H.); ebenso stimmt es damit überein, daß die Tschechoslowakei ein immer schlechterer Absatzmarkt für österreichische Garne, dagegen ein mindestens verhältnismäßig gleichbleibender Markt für Webwaren geworden ist. In diesen Umschichtungen kommt eben nur die Schwergewichtsverlagerung zu den Webwaren in der Ostmark, zur Garnherzeugung in der Tschechoslowakei zum Ausdruck.

4. Der Austauschverkehr in sonstigen Industrieerzeugnissen

Trotz des starken Rückganges des gegenseitigen Austausches an Textilherzeugnissen sind diese bis in die jüngste Zeit insgesamt der weitaus größte Posten im Handel zwischen der Ostmark und dem böhmisch-mährischen Raum geblieben. Ihnen folgte an zahlenmäßiger Bedeutung die Kohleneinfuhr aus der Tschechoslowakei. Der Rest des Austauschverkehrs verteilte sich — wie bei allen entwickelten Industrieländern — auf eine Vielzahl von Industrieerzeugnissen, deren wichtigste in der österreichischen Ausfuhr in die Tschechoslowa-

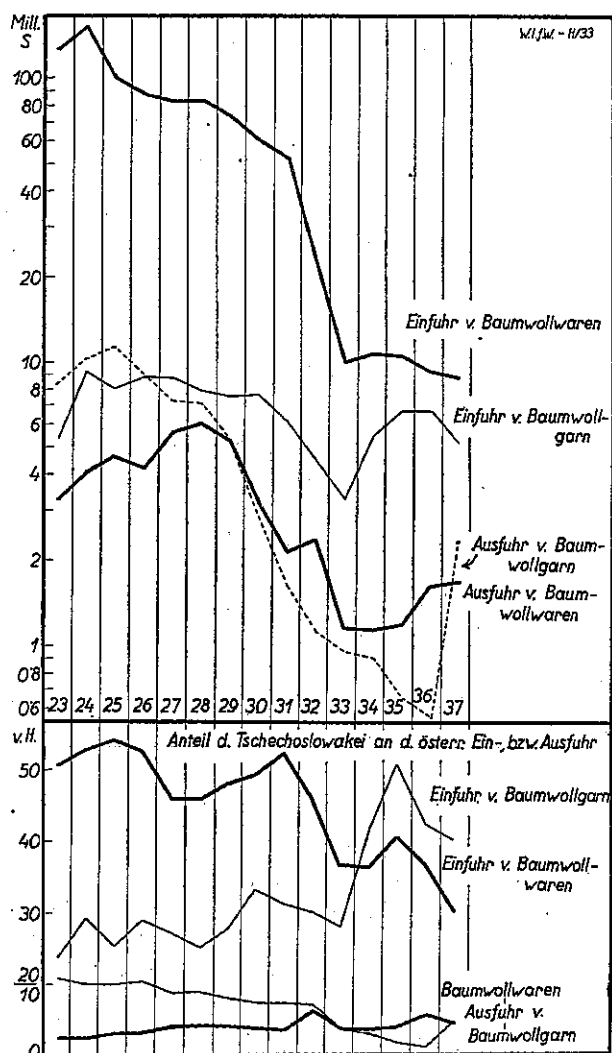
kei die Eisenwaren, dann Maschinen, Metallwaren, Kautschukwaren, in der Einfuhr aus der Tschechoslowakei Eisenwaren, Glaswaren, Maschinen, Tonwaren, Ledererzeugnisse usw. waren.

Typisch für die enge Verflechtung zwischen den beiden Gebieten ist dabei der rege Wechselverkehr in den genannten Warengruppen. Der verhältnismäßig sehr starke Rückgang der Umsätze in einigen dieser Gruppen deutet freilich darauf hin, daß inzwischen auf vielen Gebieten die Tendenz zur Vervollständigung des nationalwirtschaftlichen Produktionsapparates Fortschritte gemacht hat. Bei der Erzeugung von Eisenwaren, Maschinen sowie Papier und Papierwaren, bei denen die Ostmark 1918 einen ihrer Größe entsprechenden Teil von den Erzeugungsanlagen geerbt hatte, hat sie ihre Ausfuhrstellung als solche halten können; auf einigen

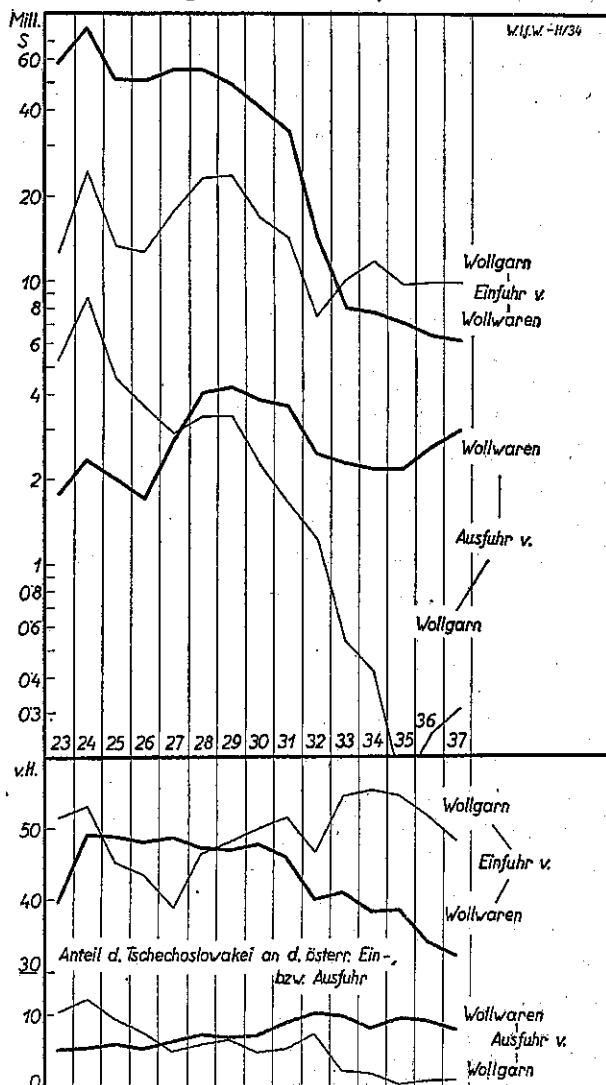
dieser Gebiete hat sich die vor dem Weltkriege herausgebildete Arbeitsteilung erhalten können (so z. B. die besondere Stellung Österreichs als Lieferant von Roheisen und Halbzeug einerseits, von besten Edelmessern andererseits). Anteilmäßig ist die Ostmark freilich im Zuge der Nachkriegsentwicklung hier in der tschechoslowakischen Einfuhr verdrängt worden; so sank ihr Anteil bei der Einfuhr der Tschechoslowakei von Eisen und Eisenwaren von 22,6 v. H. 1925 auf 14,2 v. H. 1929 (1937: 14,1 v. H.), bei der Einfuhr von elektrischen Maschinen und Apparaten von 32,0 v. H. 1925 auf 9,4 v. H. 1929 (1937: 7,6 v. H.), bei sonstigen Maschinen und Apparaten von 23,6 v. H. in den Jahren 1920/21 auf 8,9 v. H. 1925 und 4,3 v. H. 1937.

Die Glaserzeugung, die nach dem Kriege fast völlig der Tschechoslowakei verblieben war, ist in

Der Anteil der Tschechoslowakei am österreichischen Außenhandel mit Baumwollerzeugnissen
Absol. Werte: logarithm. Maßstab; v. H.: natürl. Maßstab



Der Anteil der Tschechoslowakei am österreichischen Außenhandel mit Wollerzeugnissen
Absol. Werte: logarithm. Maßstab; v. H.: natürl. Maßstab



Tauschverkehr zwischen Österreich und der Tschechoslowakei in Industrieerzeugnissen
in Mill. S

Jahr	Eisenwaren			Maschinen und Apparate						Glaswaren			Kautschukwaren		
				Gesamt			davon elektr. Masch. u. Apparate								
	E.	A.	Saldo ¹⁾	E.	A.	Saldo ¹⁾	E.	A.	Saldo ¹⁾	E.	A.	Saldo ¹⁾	E.	A.	Saldo ¹⁾
1923 . . .	15'54	6'51	- 9'03	7'38	11'09	+ 3'71	.	6'83	.	4'60	0'39	- 4'21	0'54	3'53	+ 2'99
1925 . . .	27'06	15'40	- 11'66	8'66	17'33	+ 8'67	.	9'04	.	9'99	1'34	- 8'65	0'90	4'11	+ 3'21
1929 . . .	38'18	18'38	- 19'80	9'82	16'61	+ 6'79	2'78	.	10'95	4'23	- 6'12	1'80	5'51	+ 3'71	
1933 . . .	6'70	5'54	- 1'16	1'63	5'90	+ 4'27	0'59	3'88	+ 3'26	3'12	1'34	- 1'78	0'58	1'05	+ 0'47
1935 . . .	5'14	5'77	+ 0'63	2'43	5'04	+ 2'61	0'56	1'93	+ 1'37	3'20	2'53	- 0'67	0'63	1'10	+ 0'47
1936 . . .	5'08	7'86	+ 2'78	2'27	4'40	+ 2'13	0'56	2'54	+ 1'98	3'20	2'10	- 1'10	0'58	1'11	+ 0'53
1937 . . .	6'94	17'00	+ 10'06	2'26	6'63	+ 4'37	0'61	3'04	+ 2'43	3'77	1'69	- 2'08	0'57	1'21	+ 0'64
Jahr	Leder, Schuh- und andere Lederwaren									Pappe, Papier und Papierwaren			Möbel und andere Holzwaren		
	Gesamt			Leder			Schuh- und andere Lederwaren								
	E.	A.	Saldo ¹⁾	E.	A.	Saldo ¹⁾	E.	A.	Saldo ¹⁾	E.	A.	Saldo ¹⁾	E.	A.	Saldo ¹⁾
1923 . . .	1'29	3'70	+ 2'41	.	1'78	.	.	1'92	.	1'93	0'84	- 1'09	1'31	3'21	+ 1'90
1925 . . .	1'11	4'56	+ 3'45	.	2'57	.	.	1'99	.	2'96	2'38	- 0'58	2'19	2'99	+ 0'80
1929 . . .	12'52	8'10	- 4'42	4'18	5'94	+ 1'76	8'34	2'16	- 6'18	4'87	3'44	- 1'43	2'83	4'33	+ 1'50
1933 . . .	1'03	1'01	- 0'02	0'77	0'47	- 0'30	0'26	0'54	+ 0'28	1'08	1'61	+ 0'53	0'66	0'30	- 0'36
1935 . . .	2'08	0'94	- 1'14	1'85	0'64	- 1'21	0'23	0'50	+ 0'07	1'55	1'14	- 0'41	0'84	0'23	- 0'61
1936 . . .	2'20	1'01	- 1'19	2'02	0'63	- 1'39	0'18	0'38	+ 0'20	1'22	1'03	- 0'19	0'91	0'36	- 0'55
1937 . . .	2'10	1'31	- 0'79	1'90	0'82	- 1'08	0'20	0'49	+ 0'29	1'23	0'99	- 0'24	0'76	0'30	- 0'46

¹⁾ + = österreichische Einfuhr kleiner als Ausfuhr. - = österreichische Einfuhr größer als Ausfuhr.

der Ostmark nach anfänglichen Schwierigkeiten mit Erfolg ausgebaut worden; Österreich hat seit 1935 insgesamt einen Ausfuhrüberschuß an Glaswaren aufzuweisen und hat hier selbst im unmittelbaren Handel mit der Tschechoslowakei an Boden gewonnen (vgl. Tab. oben). Auf der anderen Seite hat die Tschechoslowakei in der Herstellung von Schuh- und Lederwaren starke Fortschritte erzielen können, die trotz aller Absperrungstendenzen auch im Handel mit Österreich sichtbar geworden sind. Das gleiche gilt von Möbeln und Holzwaren, wo früher eine ausgesprochene Spezialisierung auf bestimmte Einzelerzeugnisse (Bugholzmöbel usw.) zwischen den beiden Gebieten stattgefunden hat, die sich aber mehr und mehr verloren hat. Auch bei Kautschukwaren ist die starke Stellung der Ostmark, die noch aus der Vorkriegsentwicklung herstammte, weitgehend verschwunden, teils infolge des Ausbaues der Erzeugung im böhmisch-mährischen Raum, teils infolge der Verdrängung der Ostmark durch andere Lieferländer: ihr Anteil an der tschechoslowakischen Einfuhr von Kautschuk und Kautschukwaren sank von 28,4 v. H. 1922 auf 15,8 v. H. 1925 und 3,4 v. H. 1937.

III. Das Ergebnis des Entflechtungsvorganges.

Als Ergebnis der handelspolitischen Absperrung zwischen den früher so eng verbundenen österreichischen Alpen- und Sudetenländern, wie auch des beiderseitigen Strebens nach nationalwirtschaftlichem Produktionsbau ist eine weitgehende Entflechtung der Handelsbeziehungen festzustellen (vgl.

Abb. S. 113). War das kleine Rumpfstösterreich unmittelbar nach dem Kriege (1920) mit einem Anteil von 13,0 v. H. an der tschechoslowakischen Einfuhr und 35,1 v. H. an der tschechoslowakischen Ausfuhr der wichtigste Handelspartner der neuen Tschechoslowakei gewesen, so war der Anteil im Jahre 1937 auf 4,2 v. H. bei der Einfuhr und 11,1 v. H. bei der Ausfuhr gesunken. Damit war Österreich in der tschechoslowakischen Einfuhr an die siebente Stelle noch hinter Britisch-Indien, in der Ausfuhr an die vierte Stelle nach Deutschland, den Vereinigten Staaten und Großbritannien gerückt. Ganz ähnlich trat auch die Tschechoslowakei im österreichischen Außenhandel immer mehr zurück: In der österreichischen Einfuhr konnte sie zwar bis 1937 die zweite Stelle hinter Deutschland halten, in der Ausfuhr dagegen wurde sie schließlich hinter Deutschland, Italien und Ungarn auf den vierten Platz gedrängt.

Diese Entflechtung des Handels zwischen der Ostmark und der früheren Tschechoslowakei war nur ein Teil jenes allgemeinen Schrumpfungsprozesses im Handel der Nachfolgestaaten untereinander, der bis in die jüngste Zeit angehalten hat, und der die wirtschaftliche Auflösung der früheren Donaumonarchie sinnfällig darstellt. Der Hauptleidtragende dieser Auflösung der Wirtschaftseinheit war neben Wien — das seine Stellung als Verwaltungs-, Handels- und Finanzzentrum dabei einbüßte — die Industrie der Sudetenländer, die ihren früheren großen Binnenmarkt verlor; die Ausfuhr der Tschechoslowakei, die vor dem Krieg noch zu schätzungsweise mehr als 60 v. H., 1920/21 noch zu mehr als 50 v. H. in die Gebiete der Nachfolgeländer

gegangen war, ging 1934 nur noch zu rund 22 v. H. in diese Gebiete; in kostspieliger Arbeit mußten dafür neue Märkte in Mittel- und Westeuropa und Übersee gesucht werden („Westorientierung“). Auch der Ausbau der Produktion in den einzelnen Nachfolgegebieten — der vielfach zu einer Verdoppelung bereits anderwärts bestehender Anlagen geführt hat — verschlang enorme Kapitalien.

Hand in Hand mit der Beseitigung der früheren Arbeitsteilung in der Erzeugung und der Einschränkung des gegenseitigen Warenverkehrs ging auch eine Beseitigung der sonstigen Wirtschaftsbeziehungen. Das Übergewicht Wiens als Finanzzentrum des ganzen altösterreichischen Raumes wurde in den ersten Nachkriegsjahren durch die „Nostrifizierungspolitik“ der Tschechoslowakei gebrochen, die zur Verselbständigung der tschechoslowakischen Filialen der Wiener Großbanken zwang. Ebenso wurde die Verlegung des Verwaltungssitzes der böhmisch-mährischen Firmen von Wien nach Prag mehr oder weniger erzwungen. Im Laufe der weiteren Jahre wurde auch die Wiener Börse als Handelsplatz für die Wertpapiere der böhmisch-mährischen Unternehmungen entthront und durch Prag verdrängt. Während des größten Teils der Nachkriegszeit war diese Repatriierung der böhmisch-mährischen Aktienpakete von Wien nach Prag geradezu ein wichtiger Aktivposten für die österreichische Zahlungsbilanz geworden.

Die Weltkrise und der Zusammenbruch der Credit-Anstalt im Jahre 1931, beschleunigten und vollendeten diesen finanziellen Entflechtungsvorgang. Aber noch bis in die jüngsten Jahre hinein hatte die Ostmark teils aus Dienstleistungen, teils aus bestehenden Kapitalbeziehungen (bzw. aus Schuldrückzahlungen) einen Aktivsaldo gegenüber der Tschechoslowakei, der den hohen Passivsaldo der Warenbilanz mehr als aufwog; obgleich die österreichische Ausfuhr in die Tschechoslowakei in den letzten Jahren nur etwa die Hälfte der Einfuhr von dort her betrug (unmittelbar nach dem Krieg sogar weniger als ein Drittel!), hatte Österreich doch ständig einen Überschuß im Clearingverkehr aufzuweisen.

IV. Möglichkeiten der Wiederanknüpfung?

Läßt sich nun diese Nachkriegsentwicklung wieder rückgängig machen? Kann einfach bei den Vorkriegszuständen wieder angeknüpft werden? Wer die Entwicklung der Nachkriegsjahre aufmerksam verfolgt hat, wird dies kaum glauben können. Es wurde oben dargelegt, daß der Entflechtungsvorgang nicht einfach nur auf handelspolitischer Absperrung beruhte, die wieder rück-

gängig gemacht werden kann, sondern daß dahinter der Ausbau der beiderseitigen Erzeugungskapazitäten in Richtung auf eine nationalwirtschaftliche Integration stand. Vielfach sind Industriezweige, die zunächst nur zum Ausgleich bestehender Produktionslücken aufgebaut oder erweitert wurden, inzwischen sogar Ausfuhrindustrien geworden, wie die Zellstoffindustrie oder Baumwollweberei der Ostmark.

Außerdem aber ist gegenüber der Vorkriegszeit eine ganz neue Situation schon dadurch geschaffen, daß die wirtschaftliche Vereinigung der beiden Gebiete nunmehr im Rahmen der gesamtdeutschen Wirtschaftseinheit erfolgte. Dadurch sind nun ganz neue, zusätzliche Möglichkeiten der Arbeitsteilung zwischen dem österreichisch-sudetischen Raum einerseits und der Wirtschaft des Altreichs andererseits gegeben. Auch hiedurch wird der zukünftige Warenaustausch zwischen der Ostmark und dem böhmisch-mährischen Raum stark beeinflußt werden. Die Möglichkeiten einer neuen engeren Arbeitsteilung liegen in der Hauptsache darin, daß bei einem weiteren Ausbau der Erzeugung in der Ostmark und in den Sudetenländern nun nahezu uneingeschränkt wieder die natürlichen Produktionsbedingungen und Standortvorteile des großen gemeinsamen Gebietes an Stelle der früheren kleinstaatlichen Prestige- und Zollrückichten entscheiden können; es handelt sich also in der Hauptsache um dynamische Möglichkeiten.

Immerhin sind auch gegenwärtig schon wieder Entwicklungen im Gange, die an die frühere Arbeitsteilung anzuknüpfen scheinen. So soll z. B. zur Deckung des starken Zuckermehrverbrauches in der Ostmark, der seit dem Vorjahr wieder über die Eigenerzeugung der Ostmark hinausgeht, in Zukunft auch ein Teil des sudetenländischen Zuckerrübenbaues herangezogen werden. Auch zur Versorgung der Ostmark mit Braunkohlen soll in Zukunft der sudetenländische Braunkohlenbergbau verstärkt wieder herangezogen werden; ebenso sind alte Beziehungen zwischen der Ostmark und dem Ostrau-Karwiner Kohlenggebiet neu geknüpft worden. Sicher wird auch auf manchen Gebieten der Industrie die alte Arbeitsteilung wieder hergestellt werden können, sobald der Einbau des böhmisch-mährischen Raumes in das großdeutsche Zollgebiet weiter fortgeschritten ist. Ein besonderer Vorteil für eine solche Zusammenarbeit zwischen der ostmärkischen und der böhmisch-mährischen Industrie werden die persönlichen Beziehungen zwischen den Unternehmungen hüben und drüben sein, die in Einzelfällen bis heute nicht erloschen sind.

Eine besondere Chance ist nun auch für Wien in seiner Stellung als Handels- und Finanzzentrum gegeben. Es darf nicht vergessen werden, daß noch bis weit in die Nachkriegszeit hinein z. B. die tschechoslowakische Zuckerausfuhr und die sudetenländische Textilausfuhr in die Südost-

länder fast völlig von Wien aus geleitet wurden. Hier kann Wien an eine besonders erfolgreiche Tradition als Vermittler und Zwischenhändler anknüpfen; auch der Ausbau des Wiener Großschiffahrtshafens eröffnet in diesem Zusammenhang neue Möglichkeiten.

Bericht über die Wirtschaftsentwicklung in der Ostmark

I. Das Einsetzen der Frühjahrsbelebung

Die alljährliche Abschwächung der Wirtschaftstätigkeit in der Ostmark während der kalten Jahreszeit war in diesem Jahr außergewöhnlich geringfügig. Bereits im Februar trat wieder eine deutliche allgemeine Zunahme der Beschäftigung ein, wie aus der Abnahme der Arbeitslosen hervorgeht. Die saisonbedingte Arbeitslosigkeit (im wesentlichen hervorgerufen durch die notgedrungene Einstellung von Außenarbeiten im Herbst und Winter) begann erst im Oktober zu steigen und erreichte im Januar ihren Höhepunkt. Die gesamte winterliche Zunahme der Arbeitslosen betrug bloß 56.000 gegenüber 130.000 im Vorjahr. Die Ursache für diese außergewöhnlich geringe Saisonarbeitslosigkeit muß vor allem darin gesucht werden, daß die Beschäftigung in Berufen, die keinen oder nur geringen Saisoneinflüssen unterliegen, auch während des Winters weiter zunahm und daß sich verschiedene Industrien (z. B. die Bau- und Ziegelindustrie) bemühten, durch technische Vorkehrungen, das „Durcharbeiten“ in der schlechten Jahreszeit zu ermöglichen (vgl. „Die Entwicklung des ostmärkischen Arbeitseinsatzes im Winter 1938/39 S. 125 f.).

Im März sank die Zahl der Arbeitslosen bereits unter den tiefsten Stand¹⁾ im September vorigen Jahres. Daraus kann geschlossen werden, daß das Frühjahrsgeschäft in der Ostmark bereits mit voller Kraft eingesetzt und zu einer Beschäftigung geführt hat, die noch über den Höchststand des Vorjahres hinausging. Diese Annahme wird bekräftigt durch den sprunghaften Anstieg der Auftragsbestände in einzelnen Industriezweigen; er gibt unter anderem auch die Gewähr dafür, daß die hohe Beschäftigung auf geraume Zeit weiter gesichert ist. Der Auftragsbestand der Eisenindustrie erhöhte sich, von Januar auf Februar auf das Doppelte und ist damit rund viermal so hoch wie im Durchschnitt

¹⁾ Die kleine Zahl der Arbeitslosen gibt der Zufallskomponente bereits einen großen Einfluß, was bei Beurteilung kurzfristiger Schwankungen immer mehr zu berücksichtigen ist.

des Jahres 1929, das auch für Österreich ein „Hochkonjunkturjahr“ war. Ebenso ist die Beschäftigung in der Bauindustrie durch Aufträge gesichert. Diese werden für das Jahr 1939 auf rund 800 Millionen Reichsmark geschätzt (gegenüber rund 50 Millionen im Jahre 1937 und 500 Millionen Reichsmark Mitte 1938).

Dazu kommt, daß der Neuzugang von öffentlichen Aufträgen in der Ostmark im ersten Viertel 1939 ebenso hoch war wie im letzten Viertel 1938. Berücksichtigt man die Vergebungen von Aufträgen aus der Ostmark ins Reich, so dürften die geplanten Investitionen der öffentlichen Stellen in der Ostmark sogar noch gestiegen sein.

Die Erzeugung vor allem der Eisenindustrie hat bis Januar noch zugenommen. Im Februar hat sich die Gewinnung von Eisenerz, Roheisen, Rohstahl und Walzware zwar etwas verringert, ohne daß die Abnahme jedoch über das normale Saisonausmaß hinausging. Der Vorsprung gegenüber dem Vorjahr wurde also voll gehalten.

In dem Maße jedoch, als die Aufwärtsentwicklung der gewerblichen Erzeugung in der Ostmark zur vollkommenen Aufsaugung der Arbeitslosen führte und der Mangel an Arbeitskräften immer schärfer hervortrat, wurde ein bisher im Hintergrund stehendes Problem akut: die Landflucht. Zwar haben auch in der Ostmark, ähnlich wie im Reich verschiedene gesetzliche Maßnahmen das Abströmen vom Lande zu hemmen versucht; ganz konnte das Problem dennoch nicht gelöst werden. Tatsächlich waren in der Ostmark die Landarbeiter die einzige größere Gruppe, die im Jahre 1938, insbesondere in den Herbstmonaten, einen geringeren Beschäftigungsstand aufwies als 1937.

Der Wirtschaftsverkehr der Ostmark mit dem Ausland ist durchwegs stabil geblieben; der Ausfuhrückgang, der gegen Ende 1938 stärkere Ausmaße angenommen hatte, ist im wesentlichen zum Stillstand gekommen. Die Einfuhr schwankte innerhalb der letzten drei Monate, für die Ziffern verfügbar sind (Dezember-Februar), fast ausschließlich da-

durch, daß im Januar stoßartig eine Mehreindeckung von Fettschweinen, Rindern und Tabak erfolgte, während diese Bezüge im Februar wieder entsprechend niedriger waren. Die Einfuhr von Waren der gewerblichen Wirtschaft, insbesondere die Einfuhr von Halb- und Fertigwaren, blieb unverändert.

Insgesamt liegt die Einfuhr der Ostmark aus fremden Ländern mit 62,5 Millionen Reichsmark im Januar und 45,8 Millionen Reichsmark im Februar beträchtlich über dem Stand der entsprechenden Vorjahrsmonate (57,0 bzw. 18,0 v. H.).

Die Ausfuhr betrug 25,1 Millionen Reichsmark im Dezember 1938, 22,7 Millionen Reichsmark im Januar, 22,6 Millionen Reichsmark im Februar d. J. Sie ist gegenüber Dezember 1938 weniger gesunken als der (früheren) Saisonbewegung entsprochen hätte. Da in den ersten Monaten des Vorjahres die Ausfuhr gegenüber Dezember 1937 viel stärker abgesunken war, hat sich der Abstand gegenüber den Vorjahresergebnissen im Januar und Februar dieses Jahres stark verringert (im Dezember 1938 noch um 43,0 v. H., im Januar um 22,0 v. H., im Februar um 27,6 v. H.); die Fertigwarenausfuhr allein hat sich sogar noch besser gehalten als die Gesamtausfuhr und liegt verhältnismäßig nur wenig unter dem Ergebnis für Januar und Februar 1938.

Somit sind wenigstens vorläufig die Umlagerungen und Strukturwandlungen in den Außenhandelsbeziehungen der Ostmark einigermaßen zur Ruhe gekommen.

Der Verbrauch bzw. die Umsätze ebten nach dem stürmischen Weihnachtsgeschäft und den erhöhten Lebensmittelumsätzen für die Festtage im Januar und Februar wieder ab. Der Rückgang entspricht verhältnismäßig dem der entsprechenden Zeit im Vorjahr, so daß er ausschließlich aus dem Saisoneinfluß zu erklären ist. Der Kraftfahrzeugabsatz, dessen Saisonbewegung anders als die der übrigen Umsätze verläuft, ist im Februar wieder stark gestiegen. Er hält sich noch immer auf dem Sechs- bis Siebenfachen des Vorjahres. Bemerkenswert ist, daß der Ankauf von Krafträdern sogar noch stärker gewachsen ist als der von Kraftwagen.

Auch der Verbrauch hat also den Vorsprung gegenüber dem Vorjahr in den ersten Monaten des neuen Jahres voll gehalten. Dazu hat wohl, wenn auch in bescheidenem Maße, der Fremdenverkehr beigetragen. Mit 800.000 Übernachtungen war er im Januar um 84 v. H. höher als im Vorjahr; die Zahl der Besucher aus dem Altreich allein hat sich mehr als verfünffacht.

II. Fortschritte der Eingliederung

Wirtschaftspolitik und Gesetzgebung haben die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß sich Beschäftigung, Erzeugung, Einkommen und damit auch der Verbrauch in den letzten Monaten so rasch aufwärts entwickelt haben, daß eine weitgehende Angleichung an die Verhältnisse im Reich bereits erfolgt ist (vgl. Entwicklung des Verbrauches in der Ostmark S. 129).

In der Berichtszeit wurde die Eingliederung der Ostmark auf zahlreichen Gebieten weiter vervollkommen; insbesondere trat am 1. April eine große Anzahl von Angleichungsgesetzen für die Ostmark in Kraft.

Ein Gebiet von allgemeiner Bedeutung, auf dem noch immer erhebliche Unterschiede zwischen dem Altreich und der Ostmark bestehen, sind die Preise. Im Berichtsmonat wurde das Preisproblem vor allem durch drei Maßnahmen einer vollen Lösung näher gebracht: 1. durch die Preissenkungsaktion des Gauleiters Bürckel; 2. durch den weiteren Abbau des Gebietsschutzes und 3. durch die Einführung eines neuen einheitlichen Zollgesetzes bzw. Zolltarifes.

Die große *Preissenkungsaktion*, die auf die besondere Initiative des Gauleiters Bürckel zurückgeht, löste vorwiegend in Wien, aber auch in den Gauen, in der privaten und öffentlichen Wirtschaft eine große Anzahl von Preisermäßigungen für die verschiedensten Waren und Leistungen des täglichen Bedarfes aus. Die Maßnahmen im Sinne der Preisermäßigung lassen sich in drei Gruppen teilen, nämlich unmittelbare Preisermäßigungen, Festlegung von Höchsthandelspreisen und Vorschriften zur Überwachung und Weitergabe von Preisermäßigungen.

1. Unmittelbare Preisermäßigungen ergaben sich in Wien für Brot (bei Normalbrot um 9 v. H., bei Vollkornbrot um 5 v. H., bei Landbrot bis 2 Reichspfennig je Kilogramm; in Kärnten und Tirol ermäßigte sich der Brotpreis durch Aufhebung der Landesabgabe um 2 bis 3 Reichspfennig), für Zigaretten, für Hotelzimmer, für die Mieten von Neubauten und Goldzinswohnungen, für arisierte Wohnungen, durch Rückgängigmachung von Neuvermietungszuschlägen, durch Senkung verschiedener Theaterpreise, durch eine große Anzahl spontaner Preisherabsetzungen, darunter für Haushaltartikel um 10 bis 30 v. H. Die Preissenkungsaktion der Gemeinde Wien, die besonders auch den Gewerbetreibenden zugute kam, brachte Verbilligungen durch die Ausdehnung des Haushaltstarifes für elektrischen Strom bei Verbindung von Wohnung und Geschäftslokal, durch einen Haushaltsgastarif (14 Reichspfennig je Kubikmeter für Mindestverbrauchsmenge, 10 Reichspfennig je Kubikmeter über diesen Mindestverbrauch [bisher 14 Reichspfennig]),

durch Einführung fester Kostenbeiträge bei Hausanschlüssen für elektrischen Strom in geschlossenen Siedlungen, durch Ermäßigung des Gewerbegaspreises von 125 auf 12 Reichspfennig je Kubikmeter; ferner durch eine Neuordnung der Straßenbahntarife, durch Senkung der Versicherungsgebühren der Lagerhäuser (Feuer- und Wasserschäden), der Platzzinse, der Tarife im Amalien- und Jägerbad und der Sitzplätze in der Volksoper.

2. Höchsthandels- und Einzel- bzw. Großhandel mit Schuhen, mit Waren der Textil- und Bekleidungsindustrie und mit Möbeln aus Holz (in Kraft getreten am 10. März) eingeführt. Diese Maßnahmen sind auch von prinzipieller Bedeutung, weil Spannenfestlegungen dieser Art bisher im Reich nicht durchgeführt worden waren. Die Spannen sind nach mehreren Qualitätsklassen gestaffelt; für Massenwaren ist der Bruttoaufschlag auf den Einkaufspreis am niedrigsten. Dadurch wurde eine weitgehende Annäherung an die Handelsspannen im Reich erzielt.

3. Die dritte Gruppe von Maßnahmen im Sinne der Preisermäßigungsaktion umfaßt jene Vorschriften, die die Preissenkung fördern bzw. überwachen sollen; dazu zählen:

a) die „zweite Verordnung über eine allgemeine Preissenkung“ (in Kraft getreten am 1. März), welche die Weitergabe aller Preisermäßigungen, die nach dem 18. März eingetreten sind, an den Händler bzw. Verbraucher vorsieht;

b) die „Verordnung über die Anlegung von Preislisten und das Versehen der ausgestellten Waren mit Preisschildern im Kleinhandel“, die das Festpreissystem auch in der Ostmark endgültig verankern soll;

c) schließlich die Einrichtung von parteiamtlichen Preisprüfungs- und Preisüberwachungsstellen, die Gauleiter Bürckel bei den Kreiswirtschaftsberatern des Gaues Wien einrichten ließ; diese Stellen haben die Aufgabe, Beschwerden wegen zu hoher Preise, wegen Preiserhöhungen oder Ausfall billiger Waren durch ein mündliches Verfahren nachzuprüfen.

Der *Gebietsschutz* vom 1. Oktober 1938 war bereits am 1. Dezember und am 1. Januar 1939 bekanntlich zu mehr als der Hälfte wieder aufgehoben worden. Am 1. März 1939 wurden abermals größere Warengruppen frei und nach dem 1. April wird der Gebiets- und Preisschutz insbesondere für die Verbrauchsgüter kaum noch fühlbar sein.

Wie weit sich dadurch allgemeine Preisermäßigungen durchsetzen werden, wird freilich auch wesentlich von den Versorgungsmöglichkeiten bei freigewordenen Waren aus dem Reich abhängen.

Von ebenso allgemeiner Bedeutung für die Preisangleichung (wegen des weiten Wirkungsbereiches) war die Einführung des neuen *Zollrechtes* (nebst Zolltarif, Obertarif, Ausfuhrzollliste und Warenverzeichnis), das am 1. April in der Ostmark in Kraft trat. Bisher besaß die Ostmark noch ihren

eigenen Zolltarif. Mit der Übernahme des neuen Zolltarifes gelten für die Einfuhr in die Ostmark nunmehr die gleichen Zölle wie für die Einfuhr in die übrigen Reichsgebiete. Die Angleichung wichtiger Zölle, vor allem der Finanzzölle für Kaffee und andere Genußmittel, ist bereits im Juli erfolgt und hat damals erhebliche Preissenkungen mit sich gebracht.

Im Zusammenhang mit der Konversion der umlaufenden Pfandbriefe und Kommunalobligationen in 4½%ige Schuldverschreibungen gelegentlich der Gründung eines zentralen Begebungsinstitutes für die künftige Ausgabe von Pfandbriefen und Kommunalobligationen wurde das Zinsniveau der Ostmark an das im Reich auch auf dem Gebiete der Hypothekarkredite angeglichen. Durch die Konversion ergibt sich nämlich eine Ermäßigung der bisherigen Zinssätze bis zu 1¼ v. H. Die Zinsherabsetzung soll nun auch dem Hypothekarschuldner zugute kommen. Dem dient die „Verordnung über Durchführung einer Zinsermäßigung bei Kreditanstalten in der Ostmark“ sowie die Verordnung vom 30. März, welche alle Hypothekargläubiger dazu anhält, durch Vereinbarung mit dem Schuldner den Zinssatz auf ein angemessenes Maß herabzusetzen. Für Hypotheken auf land- und forstwirtschaftlichen Besitz wird ein Richtzins von 4½ v. H. festgesetzt.

Eine Reihe anderer Angleichungen, die alle am 1. April wirksam wurden, waren von mehr spezieller Bedeutung: die Angleichung der Arbeitslosenunterstützung brachte Erhöhungen der Zuschüsse insbesondere für kinderreiche Familien, die Übernahme bzw. Einführung einiger Tarifordnungen (für die Schuhindustrie und Ziegeleiarbeiter) erhöhte die Mindestentlohnungssätze, die Einführung von Kundenlisten im Fetthandel nach dem Muster des Reiches wird eine gleichmäßige Verteilung der Fette an die Verbraucher ermöglichen und durch Ausgabe von Fettverbilligungsscheinen wird der Fettbezug sich für Minderbemittelte erheblich ermäßigen; schließlich bedeutet die Einführung der Bürgersteuer eine weitere Angleichung an die Steuergrundsätze des Reiches.

Rückblickend ist festzustellen, daß ein Jahr nach dem Zusammenschluß sowohl die rechtliche als auch die wirtschaftliche Angleichung im wesentlichen vollendet ist. Es ist anzunehmen, daß sich die wirtschaftliche Entwicklung der Ostmark im Jahre 1939 immer vollkommener im Gleichklang mit der im Reich vollziehen wird.

Die Entwicklung des ostmärkischen Arbeitseinsatzes im Winter 1938/39

Die zunehmende Knappheit an Arbeitskräften hat im Altreich schon seit einigen Jahren dazu geführt, daß der winterliche Rückgang der Arbeitslosigkeit immer weniger in Erscheinung trat und sich zunehmend auf jenes Minimum beschränkte, das durch die Einflüsse der Witterung erzwungen wurde¹⁾.

Zahl der Beschäftigten (gegen Krankheit Versicherten) von Ende September bis Ende November weiterhin zu, im Oktober um 24.000, im November um 3000. Erst im Dezember trat eine Abnahme um 88.000 auf 1,517.000 ein.

Winterliche Arbeitslosigkeit und Beschäftigung in Österreich und im Altreich

Jahr	Österreich				Altreich			
	Zunahme der Arbeitslosigkeit v. Tiefstand im Herbst bis zum Höchststand im nächsten Winter		Abnahme der Zahl der Beschäftigten ¹⁾ in der gleichen Zeit		Zunahme der Arbeitslosigkeit v. Tiefstand im Herbst bis zum Höchststand im nächsten Winter		Abnahme der Zahl der Beschäftigten ¹⁾ in der gleichen Zeit	
	in 1000	in v. H.	in 1000	in v. H.	in 1000	in v. H.	in 1000	in v. H.
1929/30	194	156,4	—	—	2114	169,0	2605	14,1
1930/31	198	110,1	—	—	2337	88,7	3355	19,6
1931/32	196	84,7	304	18,4	2175	55,0	3325	21,8
1932/33	153	46,6	218	15,0	911	17,9	1347	10,5
1933/34	85	24,1	224	16,7	344	9,3	733	5,2
1934/35	99	30,4	132	10,6	692	30,3	1212	7,8
1935/36	126	43,0	158	12,3	814	47,7	1018	6,1
1936/37	104	34,1	143	11,3	818	79,0	1287	7,2
1937/38	139	53,1	175	13,1	583	124,2	1026	5,4
1938/39	56	56,4	—	—	403	199,0	969	4,8

¹⁾ Zahl der gegen Krankheit Versicherten.

Die Ostmark ist rasch in diese Dynamik des deutschen Arbeitseinsatzes eingeschaltet worden. Schon im Herbst 1938 hatte sich gezeigt, daß die vor dem Umbruch außerordentlich großen Reserven an Arbeitslosen nicht einmal für den Bedarf der Ostmark selbst ausreichten. Im September 1938 war das Problem der ostmärkischen Arbeitslosigkeit vor allem in den ländlichen Gauen vollkommen gelöst. An seine Stelle war, so wie schon längst vordem im Reich, die schwierige Frage des Kräftemangels getreten. Im Februar 1938 betrug die Zahl der Beschäftigten, abgelesen an der Zahl der gegen Krankheit Versicherten, 1,170.000, im November 1938 erreichte sie mit 1,605.000 ihren jahreszeitlichen Höhepunkt. Die Arbeitssaison 1938 hatte demnach 435.000 Arbeitskräfte in Arbeit gebracht (gegen 213.000 im Jahre 1937, 152.000 im Jahre 1936, 169.000 im Jahre 1935, 141.000 im Jahre 1934).

Im Herbst zeigte sich eine bemerkenswerte Entwicklung, die wie keine andere die jetzige allgemeine Arbeitslage der Ostmark kennzeichnet: während die Zahl der Arbeitslosen ihren tiefsten Stand von knapp 100.000 schon Ende September erreicht hatte und sich ab Oktober bereits die ersten Anzeichen der winterlichen Zunahme bemerkbar machten, nahm die

Arbeitslose und Beschäftigte in der Ostmark

Monatsende	Arbeitslose	gegen Krankheit Versicherte
		in 1000
1938 September . . .	100	1578
Oktober . . .	107	1602
November . . .	113	1605
Dezember . . .	150	1517
1939 Januar . . .	156	
Februar . . .	121	

Diese von Ende September bis Ende November beobachtete Zunahme der Gesamtbeschäftigung bei gleichzeitiger Zunahme der Arbeitslosenzahl ist nur scheinbar widerspruchsvoll. Sie war dadurch bedingt, daß der Einsatz von Arbeitskräften zufolge der fortschreitenden Belegung der ostmärkischen Wirtschaftskräfte stärker war als die Freisetzung in wetterabhängigen Wirtschaftszweigen zufolge des herannahenden Winters. Das aber war wiederum nur dadurch möglich, daß statistisch „unsichtbare“ Reserven vorhanden waren, aus denen der Einsatz in den saisonunabhängigen Zweigen schöpfen konnte. Diese Entwicklung läßt deutlich hervortreten, daß die Zunahme der Arbeitslosigkeit in den vergangenen Wintermonaten ausschließlich von den Unbilden des Wetters verursacht war, mit anderen Worten, daß nur die Außenarbeiten von ihnen getroffen wurden. In jenen Wirtschaftszweigen, die gegen das winterliche Wetter unempfindlich sind (die meisten Zweige der Industrie und des Handwerks), ist die Beschäftigung auch während des Winters weiter gestiegen. Erst als die Kältewelle im Dezember einbrach und die Freisetzung von Arbeitern, die bei Außenarbeiten beschäftigt waren, größer war als der fort-dauernde Einsatz in den vom Wetter unabhängigen Wirtschaftszweigen, fiel auch der Gesamtbeschäftigtenstand.

Im ganzen vermehrte aber der Winter seit Anfang Oktober die Zahl der Arbeitslosen um nicht mehr als 56.000. Die Zahl der gegen Krankheit Versicherten liegt nur bis Dezember vor; darnach verloren seit dem Höchststand von Ende November allein im Dezember 88.000 ihre Beschäftigung. Die Abnahme der Beschäftigung um 88.000 während des einen Monats Dezember übertrifft demnach die Zunahme der Arbeitslosigkeit während des ganzen Winters bereits um 32.000. Diese Beobachtung ist

¹⁾ Vgl. Schriften des I. f. K., Berlin, Wochenberichte, 11. Jahrgang Nr. 17, 12. Jahrgang Nr. 6 u. a.

im Reich schon immer gemacht worden: statistisch betrachtet, ist der saisonmäßige Rückgang in der Zahl der beschäftigten Arbeiter stärker als die gleichzeitige saisonbedingte Zunahme der Arbeitslosigkeit. Dies ist einmal darauf zurückzuführen, daß sich im Winter die Zahl der Erkrankten erhöht; um diese Kranken vermindert sich die Zahl der Beschäftigten, ohne daß die Kranken nun auch in die Statistik der Arbeitslosigkeit übergehen¹⁾. Die Grippeepidemie im Winter 1938/39 verschärfte diese Tendenz. Ferner meldet sich ein Teil der regelmäßig nur in der Sommersaison beschäftigten Arbeitskräfte im Winter gar nicht als arbeitslos. Diese Saisonarbeiter werden damit in den Wintermonaten statistisch „unsichtbar“.

An der Entwicklung der Arbeitslosigkeit abgelesen, umfaßte die Wintersaison vier Monate, wenn man von Oktober ab rechnet, als sich die ersten schwachen Anzeichen einer Erhöhung der Arbeitslosigkeit beobachten ließen. Da aber die Zahl der gegen Krankheit Versicherten noch bis Ende November zunahm, erstreckt sich die eigentliche Wintersaison in diesem Jahre nur über zwei Monate, Dezember und Januar, gegen fünf Monate in den drei vorangegangenen Winterperioden. In den früheren Jahren hatte man sich damit abgefunden, daß in den Wintermonaten, selbst wenn das Wetter sehr milde war, ein großer Teil der Arbeiten gleichsam rein kalendermäßig eingestellt wurde. Im Baugewerbe war es üblich, den Zeitpunkt der Arbeiten so zu legen, daß im Frühjahr mit dem Bau begonnen und im Spätherbst mit dem Bau abgeschlossen werden konnte. Mit diesen Gewohnheiten ist nun auch in der Ostmark gebrochen worden. Die Erfahrungen, die im Altreich gemacht wurden, daß bei gutem Willen die Außenarbeiten selbst bei ungünstiger Witterung leichter durchgeführt werden können, als man das in früheren Jahren für möglich gehalten hatte, kommen nun der Ostmark zugute und werden in beträchtlichem Maße auch angewendet. Allerdings ist zu berücksichtigen, daß viele Betriebe (z. B. Ziegeleien) ihre Belegschaften trotz Unterbrechung der Arbeiten nicht entließen, um sie bei Wiederaufnahme der Produktion sofort wieder zur Verfügung zu haben.

Im Laufe des Februar 1939 war schon wieder ein merklicher Rückgang der Zahl der Arbeitslosen

¹⁾ Dieser Umstand hat freilich nur für das Altreich Erklärungswert, wo außer den gegen Krankheit Versicherten auch die tatsächlich Beschäftigten gezählt werden. In der Ostmark liegt nur die Zahl der gegen Krankheit Versicherten vor, die durch Krankheitsfälle nicht verändert wird.

festzustellen, Ende Februar wurden nur noch 121.000 gegen 156.000 Ende Januar gezählt. Die Abnahme betrug 35.000. Auch in den früheren Jahren begann die Arbeitslosigkeit schon im Februar zu sinken, aber in einem weit schwächeren Ausmaß: Februar 1938 um 5000, Februar 1937 um 9000; im Jahre 1936 trat der Umschwung erst im März ein mit einer Abnahme der Arbeitslosigkeit um 24.000, im März 1935 um 22.000.

Die winterliche Verringerung der Beschäftigungsmöglichkeiten, die insbesondere bei den Außenberufen der Landwirtschaft und des Baugewerbes schwer vermeidbar sind, tritt in den einzelnen Ostmarkgauen zufolge der klimatischen und wirtschaftlichen Unterschiede verschieden in Erscheinung. Es gibt Gebiete, deren Arbeitslosenziffern durch große Saisonrückschläge in den Wintermonaten erhöht werden, andere, die nur sehr geringe Spannen zwischen Höchst- und Tiefstbeschäftigung haben. Da die Beschäftigtenzahlen für die ersten Monate des Jahres 1939 noch nicht vorliegen, können diese regionalen Unterschiede im winterlichen Rückschlag der *Beschäftigung* nur für den Winter 1937/38 beispielsweise gezeigt werden.

Beschäftigung in der Ostmark
Gegen Krankheit Versicherte (ohne Verkehrsbedienstete)

Bundesland		Höchststand im Jahre 1937		Tiefststand im Jahre 1938	Rückgang in v. H. des Höchst- standes
Wien	Oktober	453.684	Januar	394.170	- 13,12
Niederösterreich	Juli	248.254	Januar	209.769	- 15,50
Oberösterreich	August	168.434	Januar	145.161	- 13,82
Salzburg	August	49.655	Januar	38.586	- 22,29
Tirol	Juli	61.416	Februar	48.212	- 21,50
Vorarlberg	Juli	31.534	Januar	26.107	- 17,21
Burgenland	Juli	28.991	Februar	18.641	- 35,70
Steiermark	August	173.364	Januar	151.390	- 12,68
Kärnten	Juli	69.085	Februar	53.257	- 22,91
Insgesamt	August	1.256.713	Januar	1.086.056	- 13,38

In den reinen Agrargebieten und den landwirtschaftlich-industriell gemischten Gebieten ist der Höchststand der Versichertenzahl schon in den Sommermonaten Juli und August erreicht, in der Industriestadt Wien erst im Oktober. So lagen die Verhältnisse im Jahre 1937, als die Bauwirtschaft darniederlag und der Konjunkturrückgang in der Industriewirtschaft im Sommer einsetzte. Wie sehr sich die Verhältnisse im Jahre 1938 geändert haben, zeigt ein Vergleich der Höchststandsziffern in den Jahren 1937 und 1938: Im Jahre 1938 ergaben sich durchwegs Saisonverlängerungen um mindestens einen Monat, in den Industriegebieten und in Gebieten, wo die Bauwirtschaft eine große Rolle spielt, sogar um zwei und drei Monate, wie in Nieder- und Oberdonau und in der Steiermark. In der ganzen

Winterliche Arbeitslosigkeit in den einzelnen Bundesländern der Ostmark
(Zunahme vom Tiefststand bis zum Höchststand)

Bundesland	1928/29		1929/30		1933/34		1935/36		1937/38		1938/39	
	in 1000	v. H.	in 1000	v. H.	in 1000	v. H.	in 1000	v. H.	in 1000	v. H.	in 1000	v. H.
Wien	38'0	55'9	52'2	79'2	28'6	16'7	37'5	23'9	36'3	24'7	10'0	12'8
Niederösterreich	39'6	160'4	46'7	182'0	18'3	30'8	27'3	60'4	32'7	80'0	16'4	216'3
Oberösterreich	25'5	211'8	29'9	306'2	9'3	27'5	14'9	63'6	27'7	90'8	8'4	306'7
Steiermark	16'6	89'3	22'7	149'3	10'6	24'3	15'6	49'1	19'4	74'8	11'8	201'7
Salzburg	7'7	354'6	8'9	481'0	3'4	27'9	7'5	88'3	7'5	133'7	1'6	188'6
Kärnten	11'4	632'7	9'9	831'2	6'4	62'3	9'9	155'5	9'9	164'5	6'2	321'0
Tirol	9'1	440'3	10'2	535'7	4'2	32'4	7'9	92'0	8'7	104'2	0'4	33'1
Vorarlberg	4'9	767'6	4'1	977'9	0'7	11'5	2'9	85'1	4'1	168'2	0'5	259'6
Burgenland	9'7	1378'6	11'1	2950'0	4'0	71'7	6'5	231'2	6'4	201'4	5'9	592'5

Ostmark verlängerte sich die Sommersaison um drei Monate bis November.

An den Arbeitslosenziffern in den einzelnen Gebieten der Ostmark können die regionalen Unterschiede auch für den Winter 1938/39 abgelesen werden (vgl. obige Tabelle).

Mit Ausnahme Kärntens, wo die winterliche Freisetzung von Arbeitskräften erst im Dezember begann, und des Burgenlands, wo sie sich erst im November bemerkbar machte, nahm die Arbeitslosenzahl in allen anderen Gebieten bereits im Oktober zu. Der Höchststand der Arbeitslosigkeit lag in Wien und Vorarlberg im Dezember 1938, in Niederdonau, Oberdonau, Steiermark, Salzburg, Kärnten und Burgenland im Januar 1939, in Tirol im November 1938.

Im Burgenland (Bauarbeiter!) ist der winterliche Rückschlag verhältnismäßig am stärksten gewesen. Mit Ausnahme der hochindustriellen Stadt Wien (und des Gaues Tirol, wo die Arbeitslosigkeit an sich nicht groß ist und die Holzbringung im Winter einen Ausgleich ermöglicht), zeigen alle anderen Gaue weit über dem Durchschnitt liegende Steigerungen der

Arbeitslose in den einzelnen Bundesländern

1938/39	Sep-temb.	Ok-tober	No-vemb.	De-zemb.	Januar	Fe-bruar	März
Wien (Groß-Wien)	78.001	82.794	82.148	87.992	84.027	73.748	63.289
Niederösterreich	7.577	7.657	11.104	22.505	23.964	15.386	10.795
Oberösterreich ¹⁾	2.756	3.195	4.072	10.595	11.145	6.037	3.407
Steiermark	5.849	6.630	8.483	14.218	17.647	13.899	10.570
Salzburg	874	1.193	1.447	2.178	2.522	1.984	1.260
Kärnten ¹⁾	2.259	2.212	2.235	5.277	8.067	4.742	2.706
Tirol	1.333	1.612	1.774	1.542	1.493	1.079	841
Vorarlberg	208	249	176	748	329	174	57
Burgenland	1.008	1.001	1.306	5.003	6.980	4.082	2.144
Ostmark insgesamt	99.865	106.543	112.745	150.058	156.174	121.131	95.069
September = 100							
Wien (Groß-Wien)	100'00	106'14	105'32	112'81	107'73	94'55	81'14
Niederösterreich	100'00	101'06	146'55	297'02	316'27	203'06	142'47
Oberösterreich	100'00	115'93	147'75	384'43	404'39	217'05	123'62
Steiermark	100'00	113'35	145'03	243'08	301'71	237'63	180'71
Salzburg	100'00	136'50	165'56	249'20	288'56	227'00	144'16
Kärnten	100'00	97'92	98'94	233'60	357'10	209'92	119'79
Tirol	100'00	120'93	133'08	115'68	112'00	80'95	63'09
Vorarlberg	100'00	119'71	84'62	359'62	358'17	83'65	27'40
Burgenland	100'00	99'31	129'56	496'33	692'46	404'96	212'70
Ostmark insgesamt	100'00	106'69	112'90	150'26	156'39	121'29	95'20

¹⁾ Der sommerliche Tiefststand war schon im August Oberösterreich: 2740, Kärnten: 1916.

winterlichen Arbeitslosigkeit. Bei all diesen Steigerungszahlen ist freilich im Auge zu behalten, daß die absolute Zunahme der Arbeitslosigkeit überall sehr gering war; die Verhältniszahlen zeigen nur deshalb eine so starke Erhöhung, weil die Ausgangsdaten der Arbeitslosigkeit im Herbst bereits außerordentlich niedrig waren.

Die öffentlichen Aufträge im Wirtschaftsaufschwung der Ostmark¹⁾.

Mit der Übertragung der Grundsätze, wie sie im Rahmen der deutschen Wirtschaftspolitik seit 1933 entwickelt worden sind, haben seit dem März 1938 die öffentlichen Aufträge eine zentrale Bedeutung auch für die Ostmark erhalten. Im Altreich gehörten bekanntlich die öffentlichen Aufträge zu den wirksamsten Mitteln der Krisenbekämpfung; durch sie wurde dem Deflationsprozeß der Krisenjahre am erfolgreichsten entgegengewirkt; ohne ihre Mithilfe wäre es nicht möglich gewesen, die Wirtschaft zur vollen Beschäftigung zu bringen. Den gleichen Erfolg sollten sie in der Ostmark herbeiführen.

Dieser Gedanke kommt vor allem im „Aufbauprogramm“ zum Ausdruck, das vom Beauftragten für den Vierjahresplan, Hermann Göring, verkündet und in der Verordnung zur wirtschaftlichen Wiederbelebung Österreichs vom 23. März 1938 niedergelegt worden ist. Das öffentliche Investitionsprogramm sah den Bau von Reichsautobahnen, den Ausbau des Straßennetzes, der Wasserwege, des Bergbaues und der Erdölgewinnung und Arbeiten auf dem Gebiete der Landeskultur vor.

Die öffentlichen Aufträge waren jedoch nicht nur als Mittel zur Krisenbekämpfung, sondern auch als Hilfsmaßnahme zur Überbrückung der besonderen Anpassungsschwierigkeiten in der Ostmark gedacht. Diese Absicht wird vor allem mit dem Erlaß des Reichswirtschaftsministers vom 30. April

¹⁾ Das statistische Grundmaterial wurde dem Institut von der Wiener Bezirksausgleichsstelle für öffentliche Aufträge zur Verfügung gestellt.

1938 verfolgt. Die Bedeutung dieses Erlasses lag nicht zuletzt darin, daß er die Verrechnung höherer Preise für öffentliche Aufträge möglich machte, wenn diese wegen der ungünstigeren Kostenlage der Ostmark notwendig erschien.

Der Anteil der öffentlichen Aufträge an der Wirtschaftsbelebung

Innerhalb des ersten Jahres nach der Wiedervereinigung sind für rund 500 Millionen Reichsmark öffentlicher Aufträge²⁾ der privaten gewerblichen Wirtschaft der Ostmark zugeflossen. Zweifellos waren die öffentlichen Aufträge gerade im zweiten und dritten Vierteljahr nach dem Anschluß die entscheidenden Faktoren für die Wiederbelebung der ostmärkischen Wirtschaft.

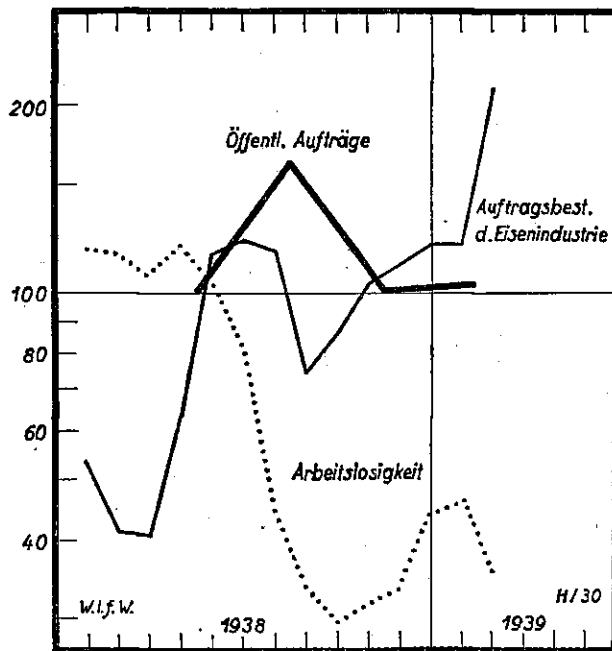
Entwicklung der öffentlichen Auftragsvergebung in der Ostmark

2. Vierteljahr 1938 = 100	
1938 2. Vierteljahr	100
3. „	161
4. „	100
1939 1. „	103

Keineswegs war jedoch der Wirtschaftsaufschwung der Ostmark ausschließlich von Staatsinvestitionen getragen. Vor allem erhöhte sich die Wirtschaftstätigkeit durch ständig steigende Aufträge aus dem Altreich, nachdem die Einfuhr ins Reich für

Auftragsbestand, Arbeitslosigkeit und öffentliche Aufträge

Logarithm. Maßstab; 2. Vierteljahr 1938 = 100



²⁾ Im allgemeinen wurden die Aufträge nach dem Zeitpunkt der Vergebung erfaßt. Einige Vergebungsstellen melden nur Aufträge über einen Mindestbetrag (meist 5000 RM).

Waren aus der Ostmark unmittelbar nach der Wiedervereinigung freigegeben worden war. Der Verkehr mit dem Reich stieg in der Richtung Ostmark—Altreich auf das Dreifache, in der Richtung Altreich—Ostmark auf das Fünffache. Außerdem stieg der Verbrauch und die privaten Investitionen erhöhten sich im Verlaufe der Zeit nicht nur durch Erweiterungen, sondern vor allem durch *Umsstellungen* im Sinne einer Kapitalintensivierung. Gerade dadurch ist der Bedarf an Produktionsmitteln in der Privatwirtschaft wesentlich stärker gestiegen, als dies im normalen Wirtschaftsaufschwung ohne die Notwendigkeit der Anpassung an das Altreich der Fall gewesen wäre. Die dazu notwendigen Mittel wurden durch Eigenfinanzierung, durch zunehmende Kreditgewährung der Banken (sowohl auf Grund der Kreditgarantie des Reiches als auch unabhängig davon) und nicht zuletzt durch Kapitalien aus dem Altreich aufgebracht. Die Rückgänge der Neuaufträge im vierten Vierteljahr erklären sich vor allem daraus, daß die früher vergebenen Aufträge, deren Ausführung zum Teil erhebliche Zeit erfordert, noch nicht ausgeführt waren und die Inangriffnahme neuer Arbeiten durch die Saison gehemmt war. Neue Aufträge konnten vielfach nicht mehr in dem Maße untergebracht werden, wie das unmittelbar nach dem Anschluß möglich war.

Die Schwierigkeiten, die auf Grund der Schillingaufwertung und des Zollabbaues vielfach zu erwarten gewesen wären, wurden außer durch die Gebietsschutzabkommen vor allem noch dadurch gemildert, daß die Ostmark in einem Augenblick eingegliedert wurde, in dem die Wirtschaft im Altreich voll beschäftigt war. Die Warenknappheit im Reich stellte nicht nur einen zusätzlichen Gebietsschutz dar, sondern trug vielfach wesentlich zu einer raschen Aufsaugung der unausgenützten Erzeugungskapazitäten in der Ostmark bei.

Die Verteilung der öffentlichen Aufträge

Öffentliche Investitionen teilen sich, letzten Endes über die Lohnzahlungen, der gesamten Wirtschaft mit. Freilich pflanzen sich die Ausstrahlungen nur ungleich und allmählich fort. Um an der Wirtschaftsbelebung rasch und einheitlich alle Zweige teilnehmen zu lassen, mußte daher für eine planmäßige Verteilung der Aufträge gesorgt werden.

Die *zeitliche Verteilung* der Aufträge wurde in erster Linie durch den Bedarf der Vergebungsstellen bedingt, der naturgemäß bei Beginn der Eingliederung der Ostmark besonders hoch war, in zweiter Linie durch die *Aufnahmefähigkeit* der ostmärkischen Wirtschaft für neue Aufträge. Der Zu-

strom neuer öffentlicher Aufträge war weitaus größer, als die Wirtschaft laufend ausführen konnte. So kam es, daß schon im dritten Vierteljahr der Stand der Arbeitslosigkeit unter 100.000 sank. Immer häufiger zeigten sich typische Erscheinungen der Überbeschäftigung³⁾. Der Auftragsbestand stieg weiter an, die Lieferfristen erhöhten sich dauernd, die Erzeugung aber wurde durch Mangel an Arbeitskräften und Rohstoffen gehemmt. Die Neuvergebung öffentlicher Aufträge mußte daher eingeschränkt werden. Dazu kam, daß sich auch saisonmäßig die Arbeitsmöglichkeit und damit auch die Auftragsvergebung im Herbst verminderten.

Durch Fühlungnahme mit den Auftragsvergebungsstellen auf der einen Seite und mit den Erzeugern auf der anderen wurde die Bezirksausgleichsstelle ein wichtiger Faktor für die gleichmäßige Verteilung öffentlicher Aufträge sowohl zwischen den Firmen einer Branche als auch insbesondere zwischen Industrie und Gewerbe⁴⁾. So war es z. B. möglich, gewisse Schwierigkeiten, die sich anfänglich bei der Vergabung größerer Aufträge an das Handwerk gezeigt hatten, durch Bildung von Lieferungs-genossenschaften und Arbeitsgemeinschaften zu überwinden.

Die Auftragsvergebungen an das Gewerbe erreichten nicht wie bei der Industrie schon im dritten Vierteljahr, sondern erst im letzten Vierteljahr 1938 ihren Höhepunkt. Das hing zum Teil auch damit zusammen, daß in der ersten Zeit die öffentlichen Auf-

³⁾ Dazu kam, daß private Aufträge, die mit Rücksicht auf den Zollabbau am 1. Oktober zurückgehalten wurden, nun nach Einführung des Gebietsschutzes wieder an die ostmärkische Industrie vergeben wurden. Die Auftragswelle und die Beschäftigung wuchs so, daß zum 1. Dezember und 1. Januar der Gebietsschutz zur Hälfte wieder beseitigt werden konnte.

⁴⁾ Die Grenze zwischen Industrie und „Gewerbe“ ist fließend. Die „Industrie“ umfaßt die Erzeugungsgewerbe, welche handelsgerichtlich registriert sind und zugleich die Merkmale des fabrikmäßigen Betriebes aufweisen, wie größere Anzahl von Arbeitern, Verwendung anderer als im Handwerksbetrieb üblicher Maschinen usw. Das „Gewerbe“ umfaßt im allgemeinen daher kleinere Betriebe und das Handwerk.

träge vornehmlich an die Industrie gingen, die daher auch früher die Vollbeschäftigung erreicht hatte. Während im dritten Vierteljahr 17 v. H. der öffentlichen Aufträge an das Gewerbe gingen, war der Anteil im ersten Vierteljahr 1939 bereits 61 v. H.

Anteil von Industrie und Gewerbe an den öffentlichen Aufträgen (in v. H.)*)

	1938			1939
	2. Vierteljahr	3. Vierteljahr	4. Vierteljahr	1. Vierteljahr
Industrie	97	76	40	38
Gewerbe	3	17	51	61

^{*)} Der nichtausgewiesene Rest entfiel hauptsächlich auf den Handel.

Die Art der öffentlichen Arbeiten erklärt es, daß der Hauptanteil der öffentlichen Aufträge auf die Bauindustrie entfiel. Freilich sind gerade bei dieser Industrie die indirekten Auswirkungen auf andere Wirtschaftszweige besonders hoch und vielverzweigt.

Wie weit sich die öffentlichen Aufträge in den einzelnen Gauen auswirkten, hing einerseits vom Standort der besonders beanspruchten Industrien ab, andererseits davon, wo gerade größere öffentliche Arbeiten durchgeführt wurden. Aus diesen Gründen schwankte die Höhe der Auftragsvergebungen in den einzelnen Gauen sehr stark.

Trotz der bisherigen Erfolge darf nicht übersehen werden, daß noch nicht alle Schwierigkeiten aus der Eingliederung endgültig überwunden sind. Wiederholt wurde von verantwortlichen Stellen darauf hingewiesen, daß noch erhebliche Teile der Erzeugung, insbesondere jene, die noch unter Gebietsschutz stehen, ihre Umstellung nicht beendet haben. Sollten sich nach Aufhebung des restlichen Gebietsschutzes vorübergehend erheblichere Rückwirkungen zeigen, dann würde der Hilfscharakter der öffentlichen Aufträge wohl wieder stärker in den Vordergrund treten.

Freilich ist die erste Funktion der öffentlichen Aufträge, nämlich als Faktor der allgemeinen Ankurbelung zu dienen, gegenwärtig auch in der Ostmark zurückgetreten; nun, da die Wirtschaft auf vollen Touren läuft, bestimmen der Bedarf der öffentlichen Stellen und die Erzeugungsmöglichkeiten der Wirtschaft allein noch die Höhe der Aufträge.

Entwicklung und Struktur des Verbrauches in der Ostmark

Die Ursachen der Verbrauchsbelebung

In den acht Jahren von dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise bis zur Wiedervereinigung war der Verbrauch in der Ostmark ständig zurückgegangen. Auch nach 1933 ist, trotz einer Besserung

in einzelnen Wirtschaftszweigen insbesondere durch die Ausfuhrbelebung, der Verbrauch noch leicht gesunken (1933 bis 1937 um 7 v. H.).

Unmittelbar nach der Wiedervereinigung setzte jedoch eine erhebliche Steigerung des Verbrauches

Die Umsatzentwicklung bei wichtigen Verbrauchsgütern im Jahre 1938
Veränderungen gegenüber den entsprechenden Vierteljahren des Vorjahres in v. H.

Zeit	Österreich					Wien						
	Verbrauchs- güter- umsätze ¹⁾	Lebens- mittel	Getränke	Bier ²⁾	Tabak	Hausrat	Schuhe	Herren- be- kleidung	Damen- be- kleidung	Strick- und Wirk- waren	Fleisch- ver- brauch	Fisch- ver- brauch
	Insgesamt	Insgesamt	Insgesamt ²⁾									
1938 1. Vierteljahr	+ 5	+ 1	+ 14	+ 12	+ 6	+ 7	+ 13	+ 2	+ 39	- 4	+ 1	- 8
2. " "	+ 20	+ 11	+ 20	+ 24	+ 10	+ 12	+ 43	+ 1	+ 126	+ 28	+ 12	+ 96
3. " "	+ 29	+ 14	+ 28	+ 58	+ 18	+ 50	+ 56	+ 42	+ 193	+ 63	+ 11	+ 127
4. " "	+ 58	+ 19	+ 35	+ 81	+ 28	+ 198	+ 85	+ 51	+ 216	+ 80	+ 35	+ 56
1.-4. Vierteljahr	+ 30	+ 12	+ 25	+ 44	+ 16	+ 95	+ 54	+ 26	+ 152	+ 49	+ 15	+ 47

¹⁾ Neugewogener Index (Vergl. S 130) — ²⁾ Versteuerte Mengen

ein, die schließlich in einem Weihnachtsgeschäft kulminierte, das wertmäßig das bisher beste im Jahre 1930 noch übertraf, wobei zu berücksichtigen ist, daß von 1929 bis 1937 die Kleinhandelspreise um 6 v. H. zurückgegangen sind.

Diese plötzliche Zunahme des Verbrauches hat verschiedene Ursachen, die in einzelnen Zeitabschnitten des vergangenen Jahres von wechselnder Bedeutung waren.

In den ersten Monaten nach der Wiedervereinigung führten vor allem die energische Arbeitsbeschaffung sowie die Neuaufnahmen in die Arbeitslosenunterstützung zu einer wesentlichen Kaufkraft-erhöhung. Von März bis August war der Großteil der Arbeitslosen wieder in den Wirtschaftsprozess eingegliedert. Die Zahl der Krankenkassenmitglieder hatte sich innerhalb dieser Zeit um 340.000 Personen erhöht; bis zum Höhepunkt der Beschäftigung im November kamen noch weitere 36.000 Personen hinzu.

Im August hatten sich die Verbrauchsgüterumsätze bereits um 34 v. H. über das Vorjahresniveau erhöht; im November lagen sie schon um

58 v. H. und im Dezember um 64 v. H. darüber. Die Intensität der Ausweitung des Verbrauches*) hat also im zweiten Halbjahr unvermindert angehalten. Nun waren zwar die Mehreinstellungen geringer geworden, dagegen wirkten sich jetzt die Mehrverdienste durch die Lohn- und Gehaltsangleichung, die eine durchschnittliche Erhöhung um 20 bis 25 v. H. brachte, und durch die mit Erreichung der Vollbeschäftigung in einzelnen Zweigen zunehmende Überstundenarbeit aus.

Früher war der Umsatzindex des Instituts als arithmetischer Mittel der Einzelreihen gerechnet worden; dadurch wurde den Lebensmittelumsätzen ein relativ zu geringes Gewicht gegenüber den Bekleidungsumsätzen verliehen. Nunmehr sind die einzelnen in dem Gesamtindex enthaltenen Reihen nach ihrer ungefähren Bedeutung im Rahmen der Haushaltrechnungen zusammengefaßt worden. Durch das stärkere Vorwiegen der stabileren Lebensmittelumsätze treten in dem neuen Umsatzindex die Schwankungen weniger stark hervor als früher (vgl. Schaubild unten); grundsätzlich bleibt das Bild das gleiche.

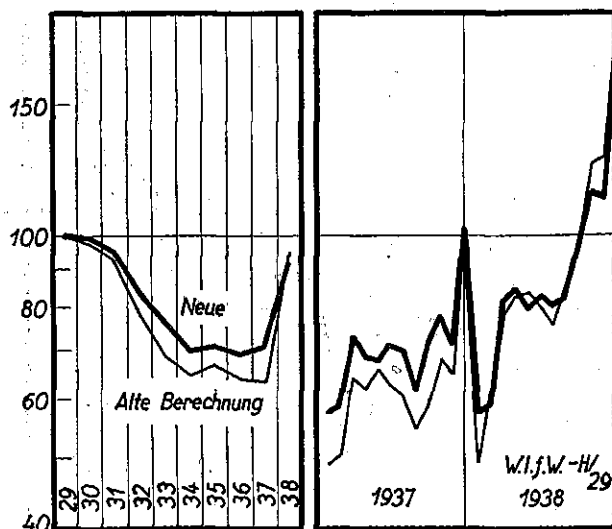
Die Zunahme des Verbrauches war bei den einzelnen Warengruppen sehr verschieden stark. Das findet seine Begründung teils in der ungleichen *Elastizität* des Bedarfes, teils in verschiedenen *Sonderursachen*.

Unter diesen letzteren sind besonders zu erwähnen: die starke durch die Ehestandsdarlehen geförderte Zunahme der Haushaltsgründungen (die Zahl der Eheschließungen war 1938 um 106 v. H. höher als im Vorjahr), die insbesondere einen Mehrbedarf an Wäsche und Hausrat auslöste, ferner vorübergehend auch übermäßige Eindeckungen, insbesondere in Textilien, und schließlich erhöhte Einkäufe, die sich mit dem sprunghaft angestiegenen Fremdenverkehr, besonders aus dem Reich ergaben. Von besonderer Bedeutung war auch der

*) Die Schlußfolgerungen werden kaum dadurch beeinflusst, daß von einigen Verbrauchsgütern nur Wiener Umsätze erhoben wurden. Abgesehen davon, daß Wien selbst ein entscheidendes Verbrauchszentrum der Ostmark ist, zeigten verschiedene Vergleiche der Umsatzentwicklung zwischen Wien und den Gauen eine weitgehende Übereinstimmung.

Der Index der Verbrauchsgüterumsätze

Logarithm. Maßstab; 1929 = 100



Ergänzungs-Nachschaffungsbedarf der Haushaltungen. Bekanntlich ließen sich Einschränkungen in der Krise am schmerzlosesten durch das Hinausschieben des notwendigen Erneuerungsbedarfes für „dauerhafte“ Verbrauchsgüter (Möbel, Wäsche, Kleider, Haushaltartikel) durchführen. Mit der Besserung des Einkommens und der Aussichten für die Zukunft wurde nun der seit Jahren aufgespeicherte Bedarf sprunghaft gedeckt.

Sehr wichtig und besonders schwierig abzuschätzen sind die Auswirkungen der Entjudung vornehmlich in Wien, durch die besonders im zweiten Halbjahr in manchen Branchen ein erheblicher Teil, wenn auch überwiegend kleiner und kleinster Geschäfte liquidiert wurde. Dadurch erhöhte sich der Umsatz pro Geschäft durch Überleitung der Nachfrage zu den arischen und größeren arisierten Geschäften.

Die Statistiken des Institutes erfassen auch eine erhebliche Zahl arisierter, bzw. noch in Arisierung begriffener Betriebe, die entsprechend schwächere Umsatzerhöhungen zeigen, wodurch die Steigerungen bei den arischen Geschäften, die lediglich auf Verlagerung der Umsätze von jüdischen auf arische Geschäfte zurückzuführen sind, zum Teil kompensiert werden. Trotzdem wird die Zunahme des Verbrauches etwas geringer anzunehmen sein als der Umsatzindex des Institutes anzeigt, in dem vorwiegend größere und überwiegend nicht liquidierte Geschäfte statistisch erfaßt werden.

Die Elastizität des Verbrauches

Man unterscheidet bekanntlich zwischen starrem und elastischem Verbrauch, je nachdem sich bei einer Einkommensänderung die Nachfrage

nach einer bestimmten Ware mehr oder weniger parallel mit dem Einkommen (Gesamtausgaben) verändert. Erhöht sich z. B. das Einkommen, bzw. die Gesamtausgaben — unter Vernachlässigung der Sparquote kann man sie mit dem Einkommen gleichsetzen — um 1 v. H. und die Nachfrage nach einer Ware um 2 v. H., so ist die Nachfrageelastizität 2. Die Nachfrageelastizität für einzelne Waren und Warengruppen zeigt eine überraschende Übereinstimmung zwischen der Ostmark und dem übrigen Reich:

Elastizitätskoeffizienten

	Reich ¹⁾	Ostmark ²⁾
Möbel und Hausrat	2'0	2'1
Ernährung	0'8	0'8
Genußmittel	1'6	1'2
Verkehr	1'5	1'2
Bekleidung	1'2	1'0

¹⁾ Siehe Vierteljahreshefte für Konjunkturforschung, 8. Jahrgang, Heft 3, Teil A, S. 163.

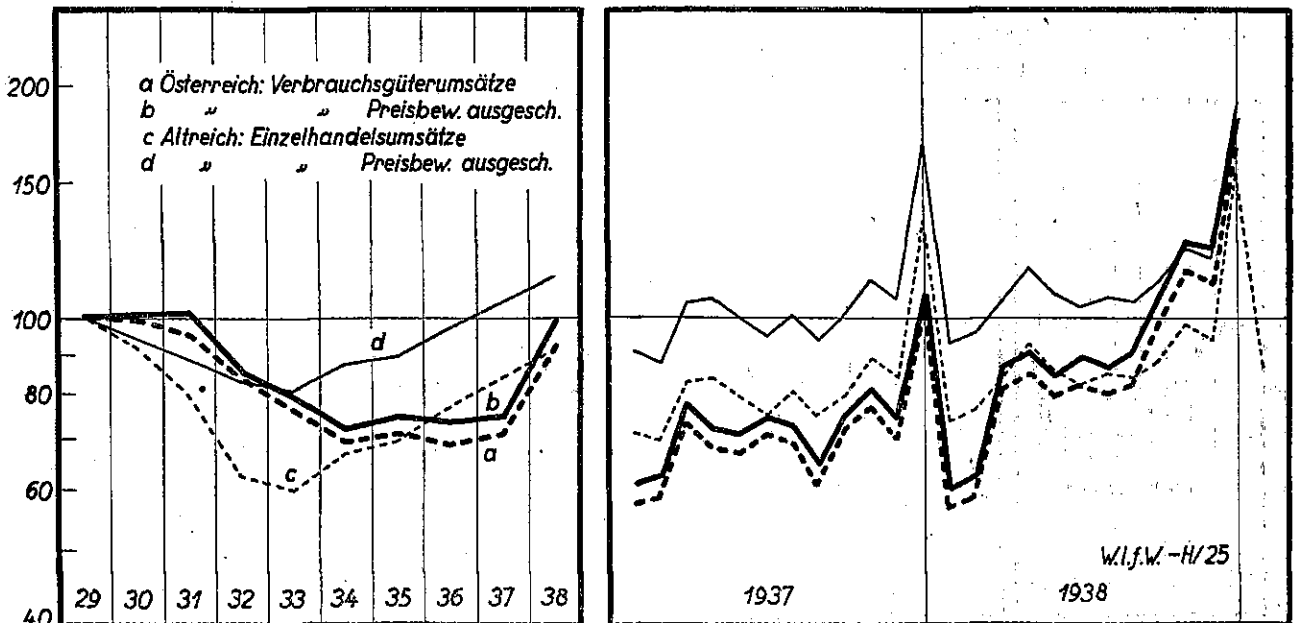
²⁾ Für die Ostmark wurden die Koeffizienten vom Wiener Institut für Wirtschafts- und Konjunkturforschung auf Grund der Haushaltstatistik der ehemaligen Arbeiterkammer berechnet.

Vergleicht man die verhältnismäßige Verbrauchszunahme der einzelnen Waren und Warengruppen, so zeigt sich, daß in der Ostmark der Verbrauch vor allem von Textilien, Schuhen und Hausrat im Verhältnis zum Verbrauch von Lebensmitteln weit stärker gestiegen ist als auf Grund der Elastizitätskoeffizienten zu erwarten gewesen wäre¹⁾. Daraus folgt

¹⁾ Der Schluß wird aus der Disproportionalität der einzelnen Steigerungen gezogen; er ist daher unabhängig von einer genauen Kenntnis der durchschnittlichen v. H.-Steigerung des Einkommens.

Einzelhandelsumsätze in der Ostmark und im Altreich

Logarithm. Maßstab; 1929 = 100



1. daß die „Sonderursachen“ von erheblichem Einfluß gewesen sein müssen,

2. daß nach dem Wegfall dieser Sonderursachen die Umsätze an jenen Waren, bei denen sich die vorübergehenden Sonderursachen vorwiegend ausgewirkt haben, weniger stark steigen, ja vielleicht sogar zurückgehen werden. Es könnte daher sein, daß das stürmische Herbstgeschäft des Jahres 1938 im nächsten Jahre in einzelnen Branchen, wie vor allem im Textilienhandel, wertmäßig nicht mehr erreicht wird. Dies könnte um so eher eintreten, als die vollständige Aufhebung des Gebietsschutzes noch viele Preise von Verbrauchsgütern — auch von jenen, die

der Beschäftigung und durch etwaige weitere Lohnangleichungen noch zunehmen wird.

Nachdem also sowohl die Einkommen als auch die Arbeitsverhältnisse und Preise bereits weitgehend dem Altreichsstand angepaßt sind, ist zu erwarten, daß sich in Zukunft der Verbrauch in der Ostmark ähnlich entwickeln wird wie im Reich. In dem ersten Dreivierteljahr nach dem Anschluß hat der Verbrauch der Ostmark die Entwicklung im Reich in den letzten Jahren bereits weitgehend nachgeholt (vgl. Abb. H/25). Während seit der Macht ergreifung im Reich der Verbrauch jährlich durchschnittlich um rund 8,4 v. H. zunahm, stieg er in der Ostmark im Jahre 1938 insgesamt um 30 v. H. gegenüber dem gleichen Zeitraum im Vorjahre. Im letzten Vierteljahr lag er sogar 58 v. H.²⁾ über der Vorjahrshöhe. Freilich war auch der Rückgang der Verbrauchsgüterumsätze bis zum Tiefpunkt in der Ostmark stärker als im Reich gewesen. Auch aus diesem starken Verbrauchsanstieg ist zu schließen, daß die Sonderentwicklung in der Ostmark mit den gemachten Einschränkungen auch auf dem Gebiete des Verbrauches bald beendet sein wird und daß sich dieser dann in Bälde im Gleichschritt mit dem Verbrauch im Altreich entwickeln wird.

Umsätze im Einzelhandel
(Österreich bzw. Wien)
1929 = 100

	Höchster Stand	Jahr	Tiefster Stand	Veränderung gegenüber Höchststand in v. H.	Jahr	Neuerlicher Höchststand im Jahr 1938	Veränderung gegenüber Tiefstand in v. H.
Herrenbekleidung ²⁾	100	1929	57	- 43	1934	73	+ 28
Damenbekleidung ²⁾	101	1930	49	- 51	1937	125	+ 61
Strick- und Wirkwaren ²⁾	100	1929	56	- 44	1937	83	+ 49
Schuhe ²⁾	105	1931	63	- 40	1937	97	+ 54
Bekleidung zusammen	100	1929	57	- 43	1937	98	+ 73
Hausrat ¹⁾	100	1928	50	- 50	1934	116	+ 131
Lebensmittel ¹⁾	100	1929	74	- 26	1936	87	+ 17
Tabak ¹⁾	100	1929	80	- 20	1937	92	+ 15
Bier ¹⁾	100	1929	45	- 55	1936	70	+ 27
Branntwein ¹⁾	100	1929	70	- 30	1933	91	+ 30
Verbrauchsgüterumsatz	100	1929	69	- 31	1936	91	+ 33

¹⁾ Österreich. — ²⁾ Wien.

erhöht wurden — voraussichtlich noch senken wird. Der Lebensmittelverbrauch dagegen wird gerade von dieser Umschichtung noch weiter angeregt werden.

Sehr viel wird bei alledem davon abhängen, wie stark das Einkommen durch eine weitere Steigerung

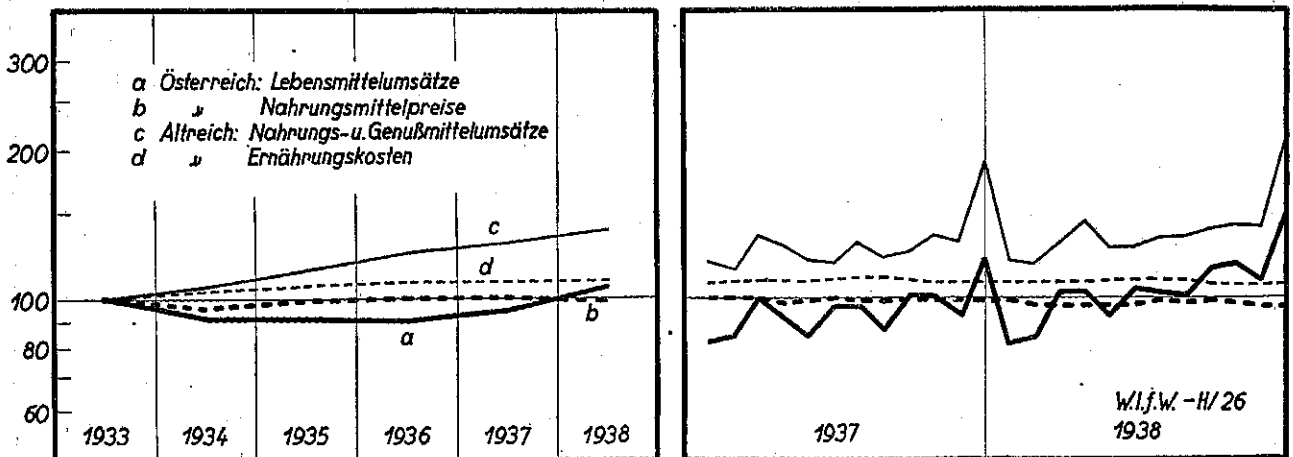
Verbrauchsverschiebung und Verbrauchslenkung

Wirtschaftspolitisch wichtige und von der Einkommensentwicklung im wesentlichen unabhängige Verbrauchsverschiebungen ergaben sich im vergangenen Jahre ferner bei einzelnen Waren, besonders unter den Lebensmitteln und dauerhaften Konsum-

²⁾ Im Reichsindex sind die Preisschwankungen ausgeschaltet. Bei der Verbrauchszunahme in der Ostmark im Jahre 1938 konnte der Einfluß etwaiger unkontrollierter Preiserhöhungen nicht berücksichtigt werden.

Lebensmittelumsätze und Preise in der Ostmark und im Altreich

Logarithm. Maßstab; 1933 = 100



gütern. Die Ursachen solcher Verbrauchsverschiebungen waren vor allem folgende:

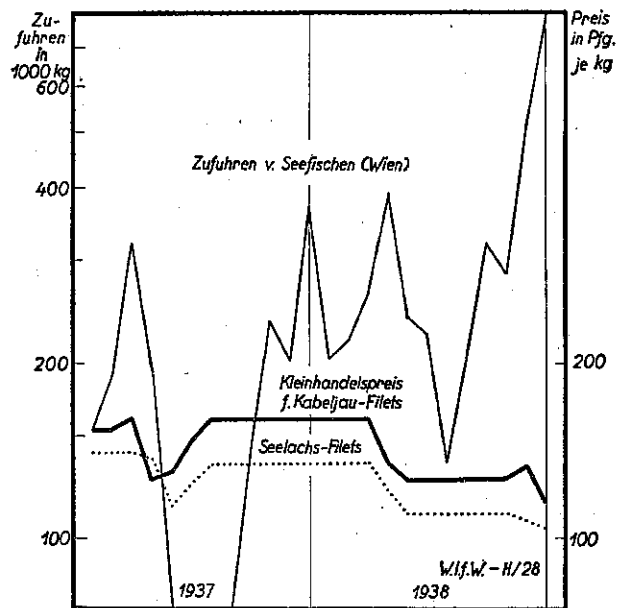
1. Eine starke Preisveränderung (meist Verbilligung) einer einzelnen Ware gegenüber den gesamten übrigen Waren, wie z. B. bei Kaffee, Fisch (vgl. Abb. H/28 und Abb. S. 15, Heft 1, 1939). Die „Elastizität“ des Bedarfes beeinflusst auch hier die Verschiebung, ist aber meist nicht von primärer Bedeutung;

2. die eigentliche Verbrauchslenkung, indem teils durch Propaganda (für Fisch, Gemüse, Kartoffel, Rindfleisch), teils durch Verknappung bzw. Rationierung der Verbrauch bewußt in gesamtwirtschaftlich erwünschte Bahnen geleitet wird (Förderung des Rindfleischkonsums durch Verknappung von Schweinefleisch, Verknappung von Butter, Obst und Gemüse, Rationierung von Fett ab 1. April). Es muß jedoch betont werden, daß die einzelnen Nahrungsmittel (mit Ausnahme von Gemüse und Obst) immer nur im Verhältnis zur stark gestiegenen Nachfrage knapp wurden, daß aber der Verbrauch trotz der Verknappungserscheinungen höher war als zu einer Zeit, in der infolge darniederliegender Kaufkraft gar kein Mangel sichtbar werden konnte.

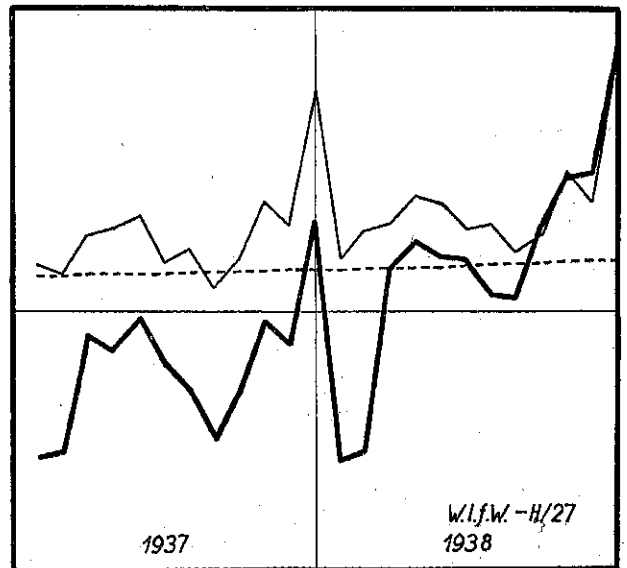
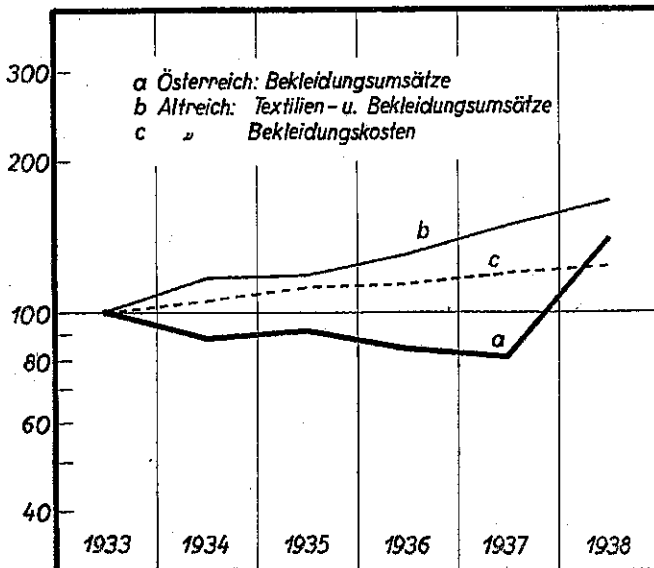
Die Verbrauchsbelebung bei Kaffee, Fisch und Kraftfahrzeugen seien hier als typische und wichtige Beispiele für Verbrauchsverlagerungen infolge einer erheblichen Verbilligung dieser Güter im Verhältnis zu den übrigen Waren angeführt. Die Zahl solcher verhältnismäßiger Verbilligungen ist zweifellos gerade unter den dauerhaften Konsumgütern erheblich. Man denke etwa an elektrische Geräte oder Maschinen für den Haushalt, photographische Apparate, eine Reihe von Markenartikeln usw.

Die Verbilligung der meisten dieser Waren, darunter auch z. B. von Kaffee und Fisch — der Verbrauch pro Kopf lag vor der Angliederung (1935/36) bei Kaffee um 66 v. H., bei Fischen sogar um 88 v. H. unter dem im Reich — wird jedoch im allgemeinen einen Mehrverbrauch auslösen, der den übrigen Gesamtverbrauch nur unwesentlich beeinflusst. Anders dagegen beim Kraftfahrzeug. Hier tritt bei erstmaliger Anschaffung ein neuer, bei kleineren und mittleren Einkommen vielfach sehr bedeutender Ausgabenfaktor in die Haushaltsrechnung. Wie besonders die Erfahrungen in den Vereinigten Staaten gezeigt haben, kann dadurch eine erhebliche Ände-

Preise und Zufuhren von Seefischen in Wien
Logarithm. Maßstab



Bekleidungsumsätze in der Ostmark und im Altreich
Logarithm. Maßstab; 1933 = 100



rung der gesamten übrigen Ausgabenstruktur ein- treten, darunter vor allem eine gewisse Einschränkung eines überfeinerten Bedarfes an Kleidung und Ernährung. Sowohl die niedrigen Einkommen als auch die verhältnismäßig sehr hohen Preise der Kraftwagen waren die Ursache dafür, daß die Auto- dichte in der Ostmark vor dem Anschluß um 68 v. H. geringer war als im Reich. Mit der Er- höhung der Einkommen und vor allem mit der Preissenkung für Autos (Kleinwagen aus dem Alt- reich!) konnte der Autoabsatz im letzten Vierteljahr 1938 auf das Sechsfache gesteigert werden.

Große Erfolge konnte die Konsumlenkung in der Ostmark durch Aufklärung der Konsumenten erzielen. So hat die Landesbauernschaft Donauland einen besonderen Verbraucherausschuß gegründet, in dem alle für den Verbrauch maßgebenden Kreise vertreten sind, wie die NS.-Frauensschaft, die DAF., die Kreisbauernschaft, der Einzelhändler, das Fleischhauer- und Schankgewerbe, der wöchentlich über die Versorgungslage berät. Diese wird von der Marktberichtsstelle Wien des Reichsnährstandes besonders beobachtet. Die im Einklang mit der Marktlage aufgestellten Ernährungsrichtlinien wer- den durch Rundschreiben, Rundfunk usw. verbreitet.

Die Verbrauchsstruktur in der Ostmark und im Altreich

Die Verbrauchsgewohnheiten der Ostmark weichen von denen im übrigen Reich etwas ab. Frei- lich läßt sich nicht von vornherein feststellen, ob die Abweichungen wirklich ihre Ursache in einer anderen Bedürfnisgestaltung des Ostmärkers haben oder ob sie nicht teilweise auf die früheren Ver- schiedenheiten im Preissystem zwischen Ostmark und Altreich zurückzuführen sind; so läßt sich etwa der geringere pro-Kopf-Verbrauch an Bohnenkaffee oder an Fischen in der Ostmark nicht nur aus ein- gewurzelten Verbrauchergewohnheiten, sondern auch aus dem früher wesentlich höheren Preis dieser Waren gegenüber dem Altreich erklären.

Zeitschriftenumschau

Das Ausmaß der Landflucht im Altreich

Über den Umfang des Landarbeitermangels sucht ein Aufsatz von Günther Pacyna „Wie groß ist der Arbeitskräfteverlust“ in der NS. Landpost vom 3. März 1939 ein der Wirklichkeit entsprechen- des Bild zu geben. Um einigermaßen richtige Zahlenangaben über den Umfang der Landflucht zu bekommen, dürfe man nicht von Angaben über den augenblicklichen Fehlbedarf an landwirtschaftlichen Arbeitskräften ausgehen, sondern müsse versuchen, den Rückgang an eigenständigen Arbeitskräften zu

Einnahmen und Ausgaben der Haushalte

	1935 ¹⁾ Ostmark (Wien)		1937 ¹⁾ Deutsches Reich	
	S	v. H.	RM	v. H.
Gesamteinkommen	3.467'99		2.220'45	
Davon Ausgaben für:				
Nahrungs- und Genußmittel	1.837'17	52'9	1.026'81	46'2
davon: Tabakwaren	87'52	2'5	41'81	1'9
Übrige Verbrauchsausgaben	1.634'09	47'1	1.193'64	53'8
dav.: Wohnungszins u. -instandh.	268'23	7'7	284'76	12'9
Bekleid., Wäsche, Bettzeug	267'92	7'7	201'87	9'1
Beleuchtung, Beheizung	151'55	4'4	109'39	4'9
Körper- u. Gesundheitspflege	80'05	2'3	31'37	1'4
Bildg., Unterhaltg., Erholg.	109'94	3'2	67'13	3'0
Ausgaben für wichtige Nahrungsmittel				
	1928 ²⁾ v. H. der Ge- samtausgaben		1927/28 ²⁾ v. H. der Ge- samtausgaben	
Milch	7'09		4'62	
Butter, Schmalz, Margarine, Speck,				
Speiseöl	5'66		5'38	
Fleisch und Fleischwaren	14'47		11'25	
Brot und Backwaren	7'58		6'98	
Kartoffeln, Gemüse, Obst	5'36		5'69	
Kaffee, Tee, Kakao	1'97		1'42	
Fische	0'36		0'73	
¹⁾ Quelle: Ostmark: Wirtschaftsstatistisches Jahrbuch 1937 der Kammer f. Arbeiter und Angestellte in Wien; Deutsches Reich: Wirtschaft und Statistik, 19. Jg. 1939, Nr. 4 ²⁾ Quelle: Ostmark: Wirtschaftsstatistisches Jahrbuch 1928 der Kammer f. Arbeiter und Angestellte in Wien; Deutsches Reich: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1938				

Andererseits sind z. B. die geringeren Ausgaben für Wohnung bei den Wiener Arbeitern in erster Linie die Folge der niedrigen Mietkosten für mieten- geschützte Wohnungen. Die höheren Ausgaben für Nahrungsmittel (darunter vor allem für Fleisch, Milch und Backwaren) spiegeln zum Teil auch spezifische Bedürfnisse und die Konsumfreudigkeit des Ostmärkers wider. Der Ostmärker gibt für Nahrungs- und Genußmittel verhältnismäßig mehr aus als der Altreichsdeutsche. In der gleichen Ein- kommensstufe gibt dafür ein typischer Arbeiter- haushalt in der Ostmark rund 53 v. H. seines Ein- kommens aus gegen 46 v. H. im Altreich.

Mit der Vereinheitlichung des Preissystems und der Angleichung der Einkommensverhältnisse wer- den sich die Verbrauchsgewohnheiten der Ostmärker voraussichtlich denen der Reichsdeutschen stärker anpassen.

erfassen. Dies lasse sich durch eine Gegenüberstel- lung der Ergebnisse der Erhebungen über die arbeitsbuchpflichtigen Personen vom 25. Juni 1938 und der Ergebnisse der Betriebszählung von 1933 erreichen. Man bekomme dann seit 1933 einen Rück- gang an eigenständigen Arbeitern um 582.157 oder 21'4 v. H. Die wirkliche Zahl sei aber, da die Be- triebzählung infolge der frühen Jahreszeit (16. Juni) nicht wie die Arbeitsbuchehebungen den Spitzeneinsatz an Arbeitern erfaßte, noch größer. Unter der Annahme, daß auch die Zahl der mit-

arbeitenden Familienmitglieder im gleichen Ausmaß zurückgegangen sei (vgl. dazu die Teilerhebungen in dem nachfolgend angeführten Aufsatz); komme man zu einem weiteren Ausfall von etwa 950.000 Personen. Dabei hätte die Landwirtschaft aber an der sich aus der Bevölkerungsvermehrung ergebenden Zunahme an Arbeitskräften einen Anteil von 300.000 Personen haben müssen.

*

Wie sich der Rückgang auf die Struktur des Arbeitseinsatzes auswirkt, zeigt Reichslandwirtschaftsrat Dr. *Fentsch* in einem ebenfalls in der NS. Landpost (vom 24. März 1939) erschienenen Aufsatz „Starke Wandlung im Arbeitseinsatz“. Er wertet dabei das Material einer Erhebung des Reichsnährstandes aus, die dieser durch über 10.000 Berichterstatter aus allen Gebieten der Landwirtschaft durchführen ließ.

Danach seien von 1935 bis 1938 die ständigen familienfremden Arbeitskräfte um 18 v. H. zurückgegangen, die Zahl der ständig mitarbeitenden Familienangehörigen (einschließlich Betriebsführer) dagegen nur um 3 v. H. Der Rückgang der nicht ständig mithelfenden Familienangehörigen, die vor allem zur Bewältigung von Arbeitsspitzen in Klein- und Mittelbetrieben eine große Rolle spielten, sei unzweifelhaft stärker; er könne jedoch nicht erfaßt werden.

Einen gewissen Ausgleich für den Rückgang der ständigen familienfremden Arbeitskräfte biete die Zunahme der nichtständigen familienfremden Arbeitskräfte, die zwischen 1935 und 1938 durchschnittlich 7 v. H. betrage; sie sei im wesentlichen auf den Einsatz der ausländischen Arbeitskräfte zurückzuführen. Insgesamt ergebe sich von 1935 bis 1938 bei den berichterstattenden Betrieben ein erfaßbarer Rückgang an Arbeitskräften um 8 v. H.

Eine Analyse der Arbeitskräfte nach Alter und Geschlecht sowie nach der Größe der Betriebe ergebe folgendes:

Innerhalb der noch vorhandenen Arbeitskräfte seien an Stelle leistungsstärkerer im wesentlichen Umfang leistungsschwächerer Arbeitskräfte getreten; dies ließe sich aus dem steigenden Anteil der weiblichen, jugendlichen und nicht voll arbeitsfähigen Kräfte erkennen. Besonders getroffen seien durch diese Wandlung die kleineren und mittleren Betriebe, auf die der größte Teil der landwirtschaftlichen Nutzfläche entfällt und in denen noch wesentliche Ertragsreserven ruhen.

*

Ursachen der Landflucht

Dr. *Paul Bramstedt* untersucht eine der Ursachen der Abwanderung („Lohngefälle und Landflucht“ in: Die Deutsche Volkswirtschaft, 2. Märzheft 1939). Nachdem einmal die Phase des „Kampfes um den Arbeitsplatz“ überwunden sei, setze etwa seit 1936/37 der Kampf um die Arbeitskraft durch Erhöhung des Arbeitsentgeltes ein; im Zuge dieser Entwicklung sei der durchschnittliche Bruttostundenlohn eines Industriearbeiters von 1932 bis

Herbst 1938 um nahezu 20 v. H., der Wochenverdienst um beinahe 40 v. H. gestiegen. Die Arbeitskräfte der deutschen Volkswirtschaft befänden sich in einer den Lebensnotwendigkeiten entsprechenden Umgruppierung, die sich als eine den Grundsätzen des höheren Lohnes folgende Arbeiterwanderung darstellt. Diese durch den ungeheuren Bedarf der Investitionsgüterindustrie bedingte Bewegung habe alle Industriezweige mehr oder weniger erfaßt, bleibe aber in ihren Folgen nicht auf dem Bereich der industriellen Wirtschaft beschränkt. So zeigt der Verfasser am Beispiel der Sägeindustrie, wie hier die Wanderung aus der Land- und Forstwirtschaft in die ländliche Industrie, von hier in die städtischen Gebiete vor sich geht und sich so in der ländlichen Industrie durch ihre weite Verteilung in der Landschaft gleichsam Schleußen der Landflucht eröffnen. Die Landflucht werde zu einer „Flucht aus der Landwirtschaft“. Ähnliche Bewegungen gefährden auch die handwerkliche Betreuung der Landwirtschaft auf das schwerste.

Bei dem Kampf um die Arbeitskräfte sei nicht allein die Höhe des Reallohnes ausschlaggebend. Gerade in einigen besonders abwanderungsempfindlichen Gebieten des deutschen Ostens sei der Reallohn der Landarbeiter unter Einrechnung der Naturalleistungen und Deputate nicht geringer als der durchschnittlich von der Industrie dort gebotene Reallohn. Dennoch habe sich der Geldlohn dem naturalgemischten Lohn als überlegen erwiesen.

Die Landflucht in ihrer heutigen Form sei ein Problem der durch die Neuindustrialisierung der deutschen Volkswirtschaft bedingten Übergangswirtschaft. Nach Vollendung des Neubaus der nationalsozialistischen Volkswirtschaft werde der dringende zusätzliche Bedarf an Arbeitskräften abnehmen. Die gegenwärtige Landflucht sei also ein einmaliger struktureller Vorgang.

Die Landflucht bringe nun einerseits rein wirtschaftliche Folgen für die Ernährung des deutschen Volkes mit sich, andererseits die noch schwerer wiegenden Probleme aus der Minderung der Substanz des Landvolkes als dem Blutquell unserer Rasse. Es handle sich nicht nur um einen quantitativen sondern auch um einen durch die Abwanderung der Besten verursachten qualitativen Verlust, der auch gleichzeitig einen auf Jahre wirksamen Ausfall an Nachwuchs und damit eine Änderung im Altersaufbau des Landvolkes bedinge. Dazu komme noch die Gefahr einer Unterwanderung des Volkes, besonders im deutschen Osten durch den Zuzug ausländischer Arbeitskräfte.

Eine Industrialisierung müsse aber wie das Beispiel Sachsen und Württemberg zeigt, nicht immer naturnotwendig zur Landflucht führen. Es müsse daher auch für den großdeutschen Raum eine Überwindung dieser Schwierigkeiten möglich sein, die sowohl von der weltanschaulichen Seite durch Belehrung und Erziehung, als auch von der materiellen Seite durch organisatorische und technische Fortbildung der landwirtschaftlichen Arbeit in Angriff genommen werden müsse.

*

Hebung des Landarbeiterberufs

Mit der Rechtfertigung der verschiedenen Maßnahmen, die ergriffen wurden, um die Folgen der Landflucht erträglich zu machen, befaßt sich Oberregierungsrat *Dr. W. Clausß* in seinem Aufsatz „Zwangsberufe?“ (N. S. Landpost 17. März 1939). Es würden mit dem Einsatz der Partei, Landdienst der HJ., Ausdehnung des weiblichen Pflichtjahres usw. die verschiedensten Wege gegangen, die Arbeitskräfte zur Arbeit an den volkswirtschaftlich wichtigen Aufgaben hinzulenken. Auch die vom Reichsarbeitsminister angeordnete Beschränkung des Arbeitsplatzwechsels diene dazu. Doch bedeute diese Maßnahme nicht, daß aus den betroffenen Berufen Zwangsberufe werden; sie sei lediglich eine folgerichtige Auswirkung des nationalsozialistischen Grundsatzes „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“. Alle Glieder der Wirtschaft hätten durch die Erfüllung ihrer Aufgaben der Gesamtheit zu dienen — und diesen Aufgaben werde der am besten gerecht, der nicht durch ständigen Arbeitsplatzwechsel seine eigene Leistung beeinträchtige. Auch dem einzelnen bringe nur das Festhalten am einmal erwählten Beruf den verdienten Erfolg. Die Aufgaben der heutigen Zeit seien riesig groß und erfordern stärkste Anspannung und daher müsse beim Arbeitseinsatz des einzelnen das Eigeninteresse hinter dem Gesamtinteresse zurückstehen.

*

Einkommensverhältnisse in der Landwirtschaft

Um die gegenwärtige Lage der Landwirtschaft beurteilen zu können, müsse man, wie der Stabsamtsführer des Reichsnährstandes Reichshauptamtsleiter *Dr. Hermann Reischle* in seinem Aufsatz „Erlösrechnung der Landwirtschaft“ (Berliner Börsenzeitung vom 14. März 1939) ausführt, die Erlösbilanz der Landwirtschaft zu Hilfe nehmen. Nach dieser im vorliegenden Aufsatz erstmalig mitgeteilten Erlösbilanz ergäbe sich (in Übereinstimmung mit dem Resultat, das die Studiengesellschaft für Nationalökonomie an Hand einer anderen Methode erhalten habe) aus der Gegenüberstellung von Aufwendungen und Ertrag für das Wirtschaftsjahr 1937/38 ein Verlust von 4522 Millionen Reichsmark. Dabei werden auf Seite der Aufwendungen außer den amtlichen Zahlen für Eigenverbrauch, Barlöhne und Bargehälter, Sozialversicherung, sachlichen Wirtschaftsaufwand, Unkosten, Berufsvertretung, Steuern und Schuldendienst noch auf Grund einer Sonderberechnung der Baranspruch des Betriebsinhabers und seiner Angehörigen in Höhe von 4,2 Milliarden Reichsmark und die Verzinsung des Eigenkapitals in Höhe von 2,44 Milliarden Reichsmark eingesetzt. Die Annahme des Baranspruches für die eigene Arbeit sei nach *Dr. Reischle* sachlich und der Höhe nach (700 Reichsmark je Jahr und Arbeitskraft) sicher gerechtfertigt. Die Verzinsung des Eigenkapitals diene vor allem einmal der Ansammlung von Rücklagen, um das höhere Risiko der Bauernwirtschaft auszugleichen, dann der Ausbildung und Ausstattung der Kinder sowie der Erhal-

tung und Verbesserung des Bauerngutes. Die gegenwärtige Erlöslage lasse aber für die bare Arbeitsentschädigung und für die Verzinsung des Eigenkapitals statt des Mindestbetrages von etwa 6,6 Milliarden Reichsmark nur einen Betrag von etwa 2 Milliarden Reichsmark zu. Es handle sich aber bei der Frage der Unterbewertung der Landwirtschaft letzten Endes nicht um eine wirtschaftliche Frage, sondern darum, daß nicht nur die Ernährung, sondern auch der Bestand des Volkes gefährdet werde.

*

Nach der Untersuchung „Landwirtschaft und Volkseinkommen“ von *Wilhelm Bauer* und *Peter Dehen* (Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, 13. Jahrgang 1938/39, Heft 4, Neue Folge), die bis 1924/25 zurückgeht, sei der Anteil der Landwirtschaft am Leistungseinkommen schon immer geringer gewesen als ihr Anteil an der Arbeitsleistung des ganzen Volkes. Besonders groß sei der Abstand im Krisenjahr 1932/33 gewesen, als die Landwirtschaft in ihrem Einkommen dem schärfsten Druck ausgesetzt war, aber wegen der hohen Arbeitslosigkeit in der übrigen Wirtschaft einen besonders hohen Anteil an der Zahl der damals noch Schaffenden hatte. Der Abstand habe sich aber seitdem stark vermindert. Das Absinken des Anteiles der Landwirtschaft sowohl am Leistungseinkommen (von 20 v. H. im Jahre 1933/34 auf 17 v. H. im Jahre 1937/38) als auch an der volkswirtschaftlichen Arbeitsleistung (von 30 v. H. auf 24 v. H. im gleichen Zeitraum) hänge zum größten Teil damit zusammen, daß sich die Landwirtschaft hinsichtlich des Tempos, in dem die Produktion ausgedehnt werden kann, wesentlich von der übrigen Wirtschaft unterscheide. Die Industrie sei in der Lage, ihre Produktion viel rascher zu steigern als die Landwirtschaft mit ihren Bindungen an das organische Wachstum. Die genannten Autoren weisen auf die unlösbaren Schwierigkeiten hin, die sich einer exakten statistischen Messung der Unterbewertung der landwirtschaftlichen Arbeit entgegenstellen. Zu einer genauen Berechnung mangle es allzusehr an brauchbaren und zuverlässigen Unterlagen. Die Unterschiede in der Arbeitszeit zwischen Stadt und Land, die Unterschiede zwischen den verschiedenen Landschaften, zwischen Jung und Alt, zwischen der Art und Ergiebigkeit der Arbeit, in der Lebenshaltung, in der Art der Ausgaben (Verkehrsausgaben des Städters), in den Wohnungsverhältnissen, in der Sicherheit der Einkommen und der Ernährung seien nur eine kleine Auswahl aus den mannigfachen Imponderabilien, die es klar machen, wie begrenzt im Grunde der Ausgewert statistischer Zahlen im Hinblick auf das Problem der Unterbewertung der landwirtschaftlichen Arbeit sei. Der Vergleich des Anteiles am Volkseinkommen und an der volkswirtschaftlichen Arbeitsleistung sage nur etwas aus über die materielle Entlohnung, die ein bestimmtes Arbeitsquantum findet. Die Entscheidung über die Höhe dieser Entlohnung bleibe letztlich der politischen und welt-

anschaulichen Wertung vorbehalten. Der wahre Wert und die Bedeutung eines Wirtschaftszweiges im Rahmen der Gesamtheit seien an den statistischen Maßstäben nicht zu messen.

*

Volkswirtschaftliche Lenkung durch Finanzpolitik

Die wirtschaftspolitische Diskussion, zu deren Hauptthemen schon bisher das Problem der Finanzierung zählte (vgl. Zeitschriftenumschau in Heft 2/3, 1939), ist durch den Neuen Finanzplan verstärkt und angeregt worden. In einem Leitartikel „Moderne Finanzpolitik“ werden in der Zeitschrift „Der Deutsche Volkswirt“ vom 31. März 1939 grundsätzliche Überlegungen über den Lenkungswert der Finanzpolitik für die Volkswirtschaft angestellt. Im Gegensatz zu dem Nachwächterstandpunkt in der Zeit bis zur großen Krise, wonach die Steuerpolitik keine andere Aufgabe hatte, als die jeweiligen Ausgabenvorschläge zu decken und die Ausgabenpolitik in keiner Weise darauf bedacht war, die ihr innewohnende Kraft zur Lenkung der Volkswirtschaft auszunützen, sei sich die jüngste Zeit darüber klar geworden, daß der Finanzpolitik auch schöpferische Kräfte eigen sind; diese seien in der nationalsozialistischen Arbeitsbeschaffungspolitik mit größtem Erfolg eingesetzt worden. Die Steuergutscheine des Jahres 1932 hätten die Aufgabe gehabt, zusammen mit der sie begleitenden Steuer senkung die Unternehmerinitiative „anzukurbeln“. Die neuen Steuergutscheine von 1939 seien dagegen eine echte zusätzliche Einnahmebeschaffungsaktion der öffentlichen Hand, also keine Steuerrückvergütung.

Die Lenkungs kraft der Finanzpolitik erweise sich nicht nur bei der schöpferischen Aufgabe der „Ankurbelung“, sondern auch auf einer Reihe

anderer Gebiete in verteilernder Tätigkeit. Die Art des Einsatzes der Finanzmittel ermögliche die Lenkung von Erzeugung und Verbrauch in bestimmte Richtungen. Die Steuerpolitik könne jene Teile des Volkseinkommens abschöpfen und ungefährlich machen, denen keine entsprechende Verbrauchsgütererzeugung gegenüberstehe, woraus sich ein Schutz für die Währung ergebe. Am einprägsamsten sei die jüngste Errungenschaft der Finanzpolitik: ihre bevölkerungspolitische Einflußnahme.

Die Wirksamkeit der Finanzpolitik habe die Steuerfreudigkeit der Steuerzahler zur Voraussetzung. Diese aber sei nur möglich beim Glauben an die Steuergerechtigkeit und Steuerehrlichkeit (diese auch von Seite des Staates). Diese Forderungen verbanden sich mit den Grundsätzen der Steuerzweckmäßigkeit und Sparsamkeit. Keine Steuer dürfe ihre Quellen verschütten. Die Finanzpolitik dürfe die Schaffenskraft des Einzelnen nicht beeinträchtigen. Darum müsse auch jeder Steuerpfennig in höchstem Verantwortungsbewußtsein verwaltet werden. Der Rationalisierung entstünden daher auch in der öffentlichen Verwaltung Aufgaben. Der Neue Finanzplan bezeichne Einsparungen als eine seiner wesentlichen Voraussetzungen. Dieses notwendige Nebeneinander von Aktivität und Sparsamkeit schließe aber nicht aus, daß bei zwingenden übergeordneten Anlässen auch diese miteinander verbundenen Grundgedanken einer Rangfolge unterworfen werden. Verwaltung wie Bevölkerung müßten sich stets bewußt sein, daß gegenwärtig von der Finanzpolitik ganz außergewöhnliche Aufgaben zu erfüllen seien und daß sie eben auch außergewöhnliche Wege gehe und folglich auch ihre Methoden in dieser Form und ihre Belastungen in dieser Höhe vorübergehenden Charakter haben.

Anmerkungen zu den nachstehenden Tabellen:

* Saisonbereinigt. — Ø Durchschnitt. — *) Provisorische Zahlen. — ¹⁾ Monatsmitte. — ²⁾ Monatssummen. — ³⁾ Monatsende. — ⁴⁾ Monatsdurchschnitt. — ⁵⁾ Jahresdurchschnitte aus 48 Ausweiswochen. — ⁶⁾ Ab 1938 in Reichsmark. — ⁷⁾ Berechnung von Mai bis Oktober 1938 auf Grund der Telefonkurse. — ⁸⁾ Ohne Bankaktien. — ⁹⁾ Kol. 19: Dividendensumme ausgedrückt in v. H. des Gesamtkurswertes; Kol. 20: Dividendensumme ausgedrückt in v. H. des Kurswertes der A. G., die Dividende zahlen. — ¹⁰⁾ Monatszahlen bis März 1937 nach der damaligen Einlagenstatistik des Statistischen Reichsamtes, ab April 1937 nach der Monatsstatistik der deutschen Spar- und Girokassen; Jahresziffern einschließlich Zinsgutschriften. — ¹¹⁾ Bis September 1938 nach den Angaben des Reichsverbandes deutscher Sparkassen in Österreich, ab Oktober 1938 nach der Monatsstatistik der deutschen Spar- und Girokassen. — ¹²⁾ Ab Dezember 1938 einschließlich Ausfallgarantie des Reiches. — ¹³⁾ Großhandelspreis von Schweinefleisch als Vielfaches des Großhandelspreises von Futtermais. — ¹⁴⁾ Ziffer für April 1938 wurde errechnet. — ¹⁵⁾ Bis Februar 1938 Neuauftrieb auf dem Zentralviehmarkt in St. Marx ausschließlich, ab März 1938 einschließlich der Kontumazanlage und Außenmarktbezüge. — ¹⁶⁾ Ab März 1938 mit den Vormonaten nicht vergleichbar, siehe Text unter „Arbeitslage“. — ¹⁷⁾ Ab April 1938 über die Vergleichbarkeit siehe Text unter „Arbeitslage“. — ¹⁸⁾ Ab Dezember 1938 Groß-Wien, früher Wien-Stadt; Österreich Land ohne die Gebiete, die an Groß-Wien gefallen sind. — ¹⁹⁾ Ab 15. Juli 1938 sind die Strecken westlich Wörgl der ehemaligen Bundesbahndirektion Innsbruck hierin nicht mehr enthalten, die seit dieser Zeit zur Reichsbahndirektion München, bzw. Augsburg gehören. — ²⁰⁾ Einschließlich Verkehr mit dem Altreich. — ²¹⁾ Erzeugung der in Wien vorhandenen Kraftwerke. — ²²⁾ Ab Januar 1939 für Gau Wien.

